

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

**Nr. 13.**

**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 24. bis 30. März 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 4. April 1916.

**Inhalt:** Die Nationaldemokratie und die polnische Politik, S. 267. — Zur Gründung des „Kraj“, S. 268. — Generalversammlung der Bank Premyslawcowa in Posen, S. 268. — Aufruf betr. den polnischen Schulunterricht, S. 269. — Die „Gazeta Grudziadzka“ in eigener Verteidigung, S. 269. — Generalversammlung des Vereins für Wissenschaften in Thorn, S. 272, 273. — Politisch-parlamentarische Wirren, „Gazeta Ludowa“, S. 274. — Die „Gazeta Ludowa“ und der amtliche Hinweis auf die Zwecke der Jugendwehr, S. 274. — Der „Biarus Polski“ über die schwebenden politischen und militärischen Fragen aller Art, S. 274–276. — „Aus Tageslicht.“ Die politischen Gruppen in Warschau, ihr Wirken, politische Stellung der Polen zu den Mächten, S. 276–280. — Nachahmung oder schöpferische Kraft in der polnischen Politik, S. 280. — Der jüdische Gedanke, S. 281, 282. — Polnisches Komitee in Wilna, S. 282. — Zum Rücktritt Tirpitz, S. 283. — Polnischer Klub und Polnisches Nationalkomitee, S. 284, 285. — Erklärung der polnischen Sozialdemokratie in Österreich, S. 285. — „Das Schweigen von Warschau“, S. 286. — Das baltische Problem, S. 287. — Die polnische Frage in Rußland, S. 287. — Ministerpräsident Stürmer und die polnische Frage, S. 288. — Russische Stimmen über die deutsche Politik in Litauen, S. 288. — Gegen das Händereichen — bei Seuchengefahr, S. 289. — Die polnische Frage in Frankreich, S. 289.

**Betrifft die Provinz Posen.**

Aus Nr. 71 des Goniec Wielkopolski (Posen)  
vom 26. März 1916.

**Die Nationaldemokratie und unsere Politik.**

Von achtungswürdiger Seite schreibt man uns:

Geistlicher kann nur sein, wer die Weihen empfangen, Propst, wer die Institution für eine Propstei erhalten, Soldat, wen man unter die Waffen berufen, Landwirt, wer die Landwirtschaft erlernt, Kaufmann oder Handwerker, wer sich in seinem Beruf ausgebildet hat. Dagegen kann Politiker sein, wer will, ob er es versteht oder nicht, ob man ihn darum ersucht oder ob er sich aufgedrängt hat.

Die Politik ist der freieste Beruf von allen. So sehen wir denn auch im öffentlichen Leben Leute oder Gruppen, die sich mit ihrer Meinung hervordrängen und sie als unfehlbar verkünden.

In den oben bezeichneten Berufen entscheiden Erfahrung, Verstand und Fachbildung über die Bedeutung und den Erfolg des Einzelnen oder der Gruppe. In der Politik sind Selbstgewißheit und Rücksichtslosigkeit oftmals der Haupttrumpf. Der einzige Hemmschuh ist in ihr die öffentliche Meinung. Da, wo sie schläft oder schwerfällig ist, pflegt der obenauf zu sein, der sich besser aufdrängt.

So war und ist es bei uns mit der Nationaldemokratie, die in der politischen Sprache kurz die „Endecya“ genannt wird.

Sie war früher bei uns nicht vorhanden. Gekommen ist sie in unser Land von den ausländischen Universitäten her; erfunden wurde sie von nach Alter und Verstande jungen Studenten, und da sie selbstbewußt auftrat, die Volksgemeinschaft aber ziemlich verschlafen war, begann sie — die Nationaldemokratie — sofort eine lärmende Rolle zu spielen.

Wer der „Kurjer“-Bruderschaft beitrat oder mit ihr sympathisierte, der war gut, sogar vorzüglich, ja ein großer Mann. Wer außerhalb der Bruderschaft stand, der war nichts wert und des Verstandes bar.

Die Nationaldemokratie beschloß, recht viel Stellen und Posten im wirtschaftlichen und politischen Leben unserer Volksgemeinschaft mit ihren Leuten zu besetzen.

Aber alles der Politik halber. Bald begann sie im Namen der Volksgemeinschaft aufzutreten.

So war es vor dem Kriege, und das war nicht gut; so ist es auch während des Krieges, und das ist sehr schlimm.

Zwar ließen sich im ganzen Bereich der polnischen Volksgemeinschaft in Preußen genug Stimmen der Unzufriedenheit über das nationaldemokratische Kommando vernehmen; aber daraus macht sich die „Kurjer“-Gruppe nichts. Selbstbewußtsein und die Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit sind ihr Grundsatz und ihr Programm; und so tritt sie denn weiter ohne Schwanken im Namen der Volksgemeinschaft auf und sucht sie zu führen, wohin es ihr — der Nationaldemokratie — beliebt.

In der Volkspresse gab es schon genug Proteste gegen dieses Ministerium der inneren und äußeren polnischen Angelegenheiten, als welches sich die „Kurjer“-Partei ansieht und aufspielt, — denn das Volk ist minder furchtsam.

Dafür ist das Verhalten des „Dziennik Poznański“, des großen Organs, um so trauriger. Es fürchtet sich so vor dem „Kurjer“, daß es dessen Abklatsch geworden ist und niemals eine Ansicht zu äußern sich erdreistet, die sich mit dem von der Redaktion des „Kurjer“ ausgegangenen Kommando nicht verträgt.

In unseren Abgeordnetenkreisen führen gleichfalls die Nationaldemokraten und die mit ihnen Sympathisierenden das Regiment, ohne nach der Meinung der übrigen zu fragen. Das ist sehr undemokratisch, aber sehr nationaldemokratisch. Denn die Nationaldemokratie ist, obwohl sie oft von der Demokratie und vom Volke spricht, weder volksparteiisch noch demokratisch, sondern die Herrschaft nicht zahlreicher Individuen, die sich als Ausdruck der Meinung der Allgemeinheit aufdrängen.

Das muß aufhören.

Die Zeiten sind zu ernst und die Verantwortung ist zu groß, als daß eine Gruppe das Recht hätte, sie für alle zu tragen.

Darum ist auch zu wünschen, daß im Lande immer mehr das Gefühl erwache, daß auch andere Faktoren das Recht haben, über die Politik zu entscheiden und im Namen der Volksgemeinschaft aufzutreten, nicht bloß die Nationaldemokratie. Es wäre



am besten, den numerischen Grundsatz anzuwenden; denn dann würde es sich schnell zeigen, daß die nationaldemokratische Gruppe auf dem ausgedehnten Gebiet der polnischen Volksgemeinschaft unter preussischer Herrschaft über eine verschwindende Zahl von tatsächlichen Anhängern verfügt.

Das ist unbedingt nötig zur Gesundung unseres öffentlichen Lebens.

Wir sind nicht so rücksichtslos, wie die Nationaldemokratie; wir verlangen nicht, daß sie aufhöre zu bestehen; aber wir fordern, daß sie nur im eigenen Namen, nicht in dem der ganzen Volksgemeinschaft spreche. Dann wird es auch für sie besser sein, da sie nicht die Verantwortung für alles tragen wird.

Jetzt trägt sie diese Verantwortung für unsere ganze Politik und für deren für unser ganzes Volk gefährliche Folgen.

Aus Nr. 68 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 23. März 1916.

Unter Hinweis auf das neue in Lissa erscheinende polnische Blatt „Kraj“ bemerkt die „Gazeta Ludowa“ folgendes:

Wir müssen zugeben, daß die Herausgeber der neuen Zeitung bei der Wahl des leitenden Redakteurs eine glückliche Hand hatten. Sie würden sicherlich unter den Redakteuren der polnischen Zeitungen keinen Menschen finden, dessen Vergangenheit sich für eine solche Stelle so qualifizieren würde, wie gerade die der Person des Herrn Redakteurs Dombek. Herr Paul Dombek war früher Redakteur verschiedener deutscher Blätter und leitete alsdann die Katolik-Zeitungen. Er ist im Kampfe mit den politischen Zänkern erprobt. Die Schärfe seiner Feder ist uns schon bekannt aus den Zeiten, als er die neue Bewegung bekämpfte, welche damals Herr Korfanty und diesem ähnliche junge Leute in Oberschlesien einführen wollten.

Aus Nr. 68 des Postep (Posen)  
vom 23. März 1916.

#### Die Generalversammlung der Bank Przemysłowców

fand gestern nachmittag im Hedwigsaaale bei einer zahlreichen Beteiligung von Mitgliedern statt. Kurz nach 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Telesfor Otmianowski, unter Begrüßung der Anwesenden die Versammlung. Er bemerkte, daß die Generalversammlung bereits zum zweiten Male während der Zeit des Krieges stattfindet, durch den auch Gewerbe und Handel schwer in Mitleidenchaft gezogen wurden. Die Bank Przemysłowców habe den Krieg bisher glücklich überstanden, und, so Gott wolle, werde sie ihn auch glücklich bis zu Ende durchhalten.

Gemäß des Vorschlages des Redners wurden zum Verhandlungsleiter Herr Rechtsanwalt Chryl Ratajski und zu Schriftführern die Herren Budzynski und Mann gewählt. Nachdem man das verstorbene Mitglied des Aufsichtsrates Stefan Chocijzewski durch Erheben von den Sigen geehrt hatte, ging die Versammlung zur Tagesordnung über, nämlich zu allererst zur Wahl von 6 Mitgliedern des Aufsichtsrates, 4 auf 3 Jahre, 1 auf 2 Jahre und 1 auf 1 Jahr, an Stelle von 4 der Anciennität nach Auscheidenden, sowie an Stelle des verstorbenen Chocijzewski und des Herrn Wenzel Leitgeber, welcher sein Amt niedergelegt hat.

Das Wort ergriff Herr Rafimír Krajna und brachte sein Bedauern über die Art und Weise der Agitation zum Ausdruck; es sei noch nicht dagewesen und unerhört, daß der Massenbote der Bank Przemysłowców am Saaleingange gegen ein bisheriges

Mitglied des Aufsichtsrates agitierte. Die ganze Agitation sei gegen die Handwerker gerichtet, gegen welche die Kreise der Berufs- und kaufmännischen Intelligenz agitierten. Diese Ausführungen unterstützte Herr Karl Rzepecki, indem er die Verdrehung der Vor- und Zunamen der Kandidaten auf den Stimmzetteln verurteilte und betonte, daß drei Sätze dem Handwerk, sechs hingegen der Kaufmannschaft überlassen werden müßten (Rätselhaft bleibt angesichts dessen die Tatsache, daß Herr Rzepecki den Aufruf unterschrieben hat, welcher sich gegen die Handwerker richtet, rätselhaft die „Aufklärung“, daß er ihn habe unterschreiben „müssen“). —

Während des Zählens der abgegebenen Stimmen erstattete Herr Direktor Brylinski Bericht über die Tätigkeit der Bank, Herr Otmianowski über die Tätigkeit des Aufsichtsrats, Herr Wladimir Adamski über die Revision, welche durch den Kurator als Verbandsrevisor ausgeführt wurde; die Einzelheiten der Revision trug Herr T. Filipowicz vor.

In der Diskussion über die Berichte empfahl Herr Kontrowicz die Erhöhung der Kriegreserve auf 100 000 M. Dr. Kapuscinski brachte die Angelegenheit der Nichtabhebung der Dividende zur Sprache, welche in Höhe von 5000 M. noch nicht entnommen worden sei, sowie die Angelegenheit der Effekten, an welchen die Bank Przemysłowców in den letzten beiden Jahren Verluste in Höhe von 200 000 M. erlitten hat. Herr Dr. Bajonski klärte auf, daß die Effekten für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Bank im Falle der Massenabhebung der Depositen notwendig und eine Art Versicherung gegen eine sofortige Massenzurückziehung der Depositen seien. Herr Dzieciuchowicz brachte die sehr wichtige Angelegenheit betreffend die Förderung des Gewerbes in Anregung, was insbesondere nach dem Kriege notwendig sein werde. Er verlangte Berücksichtigung der einzelnen Berufe im Bericht, wieviel Darlehn ihnen gewährt worden sei. Direktor Brylinski versicherte, daß sich die Bank von großem Wohlwollen gegenüber dem Handwerk leiten lasse; es werde jedem Handwerker Darlehn gewährt, sofern er die Bedingungen erfülle. Überflüssige Gelder werde die Bank gern los. Herr Anton Szczyaniecki bemerkte, daß die Bank den Handwerker in der Hinsicht benachteilige, daß sie vor allem Darlehn auf Hypotheken gebe. Herr Ratajski hob hervor, daß die Bank, die ein Kreditinstitut sei, das Gewerbe nicht schaffen und Darlehn zur Gründung von Unternehmen nicht gewähren könne. Diese Aufgabe könne einzig und allein ein kapitalistisches Institut erfüllen; es hätten sich übrigens zu diesem Zweck die Genossenschaft der Fabrikanten und der Bund zur Förderung des Gewerbes gegründet.

Hierauf wurde die Bilanz, welche in Einnahme und Ausgabe die Summe von 55 098 097,81 M. aufweist, bestätigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende stattete der Leitung der Bank für die aufrichtige und kluge Arbeit zum Wohl des Instituts seinen Dank ab und wünschte, daß es die geschichtliche Katastrophe glücklich überstehen möge.

Der Gewinn wurde gemäß dem in dem Berichte angeführten Vorschlage verteilt, nur mit dem Unterschiede, daß der Rest von 712,50 M. nicht der außerordentlichen Reserve, sondern gemäß dem Vorschlage des Herrn Czapliski dem Chlebowski-Fonds für Handwerkerwitwen überwiesen wurde. Auf den von Herrn Karl Rzepecki geäußerten Wunsch, daß man den Pensionsfonds nicht ständig erhöhen möge, antwortete Direktor Brylinski, daß gegenwärtig mehr als 20 von den Beamten im Felde stünden, einer schwer, zwei leicht verwundet seien und man nicht wisse, wie lange der Krieg dauern und ob der Fonds nicht nötig sein



werde. Die Praxis werde erst zeigen, ob der Fonds viel zu groß sei. Bis jetzt habe, obgleich er seit 20 Jahren aufgehäuft werde, niemand davon Gebrauch gemacht.

Als Entschädigung für den Aufsichtsrat wurde wie im verflossenen Jahre eine Gesamtsumme von 18 000 M. beschlossen.

Bei den Anträgen ohne Beschlußfassung ergriff niemand das Wort. — Nach einer viertelstündigen Pause wurde das Ergebnis der Wahlen zum Aufsichtsrat bekanntgegeben. Von 307 abgegebenen Stimmen erhielten die Herren Stan. Kotlinski 294, Stan. Kzepecki 265, Theodor Filipowicz 212, Johann Suchowiat 201, Albin Glabiz 109, Roman Filipowicz 104. Nach der Zahl der Stimmen wurden Herr Glabiz auf 2 Jahre, Herr Filipowicz auf 1 Jahr und der Rest der Mitglieder auf 3 Jahre gewählt. Um 8 Uhr schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Das Ergebnis der Abstimmung ist der beste Beweis dafür, wie dieses „Wohlwollen“ für das Handwerk aussieht, von dem Herr Direktor Brylinski sprach. Dieses Wohlwollen zeigte sich auch in der Agitation des Bankboten gegen ein dem Handwerkerstande angehörendes Mitglied des Aufsichtsrates. Aus eigenem Antriebe hat er doch nicht gehandelt. Nicht das Wohl des Instituts hatte der Kreis der Bürger im Auge, welcher danach strebte, den Handwerker aus der Bank zu verdrängen, er wollte vielmehr seine Kräfte gegenüber der vorjährigen Niederlage zeigen. Immer mehr verliert die Bank Przemyslowców ihren ursprünglichen Charakter, dank den Posener Patriziern, welche sich um die kaufmännische Korporation scharen und nur darauf bedacht sind, daß lediglich Leute aus ihrer Sphäre in den Aufsichtsrat der Bank Przemyslowców gelangen. Wenn es sich um Vertreter der Kaufmannschaft handelte, so standen doch zwei freie Stellen zur Verfügung, weshalb verdrängte man somit ein bisheriges Mitglied, einen Vertreter des Handwerks? Da haben sich schon dieses Wohlwollen und die Sorge um das Wohl der Bank in ihrer ganzen Größe gezeigt.

Aus Nr. 68 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 23. März 1916.

### Aufruf.

Der schreckliche Krieg hat uns aus unseren Anwesen die Männer, Söhne, Väter, Brüder herausgerissen, und wir sind allein geblieben, auf das eigene Denken, auf das eigene Handeln angewiesen. Das wackere, unbeugsame polnische Weib ringt nicht die Hände aus Verzweiflung, denn „Verzweiflung ist der Nichtswürdigen Teil“.

Von unseren Vorfahren haben wir geistige Festigkeit ererbt, die uns den neuen Weg, neue Aufgaben weist. Die erste und wichtigste ist das Wachen über die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses. Wir dürfen nicht die kleinste Gelegenheit zur Vervollkommenung unserer Jugend übersehen. Sind doch die Kinder unsere Zukunft!

Einer der Hauptfaktoren in der Erziehung ist der Unterricht in der Muttersprache. Leider fällt es den Müttern aus dem Volke schwer, sich mit dem Unterricht ihrer Kinder zu befassen, und gewiß weiß selten eine, daß ihnen das Recht zusteht, in den ersten beiden Schuljahren polnischen Sprachunterricht zu verlangen. So lautet ein Ministerialerlaß aus dem Jahre 1894.

Es ist somit Pflicht einer jeden Mutter, sei es in Posen oder in den anderen Städten oder Dörfern des Großherzogtums Posen, den Antrag zu stellen, daß man ihrem Kinde polnischen Sprachunterricht erteile. Ein solcher Antrag muß der Schulbehörde zusammen mit dem Tauf- und Impfschein am 31. März

d. J. bei der Anmeldung des Kindes zur Schule ausgehändigt werden. Fertige gedruckte Formulare zur Ausfüllung sind unentgeltlich in den Zeitungsredaktionen zu haben.

Die Damen aus der Intelligenz werden dringend gebeten, sich dieser Sache anzunehmen. Die übrigen Blätter wollen den Aufruf wiedergeben. K.

## Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 35 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 23. März 1916.

### In eigener Verteidigung.

Je mehr man das Empfinden hat, daß der Krieg nicht mehr so lange dauern kann, wie er schon dauert, umso häufiger finden wir in manchen deutschen Zeitungen Artikel, deren Zweck es ist, die Polen hinsichtlich ihrer Gesinnung gegenüber der deutschen Gesamtheit und der deutschen Regierung in einem möglichst schlechten Lichte darzustellen.

Vor kurzem fanden wir in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ einen Artikel, angeblich zusammengestellt aus französischen Zeitungen, in welchem die Polen als eine Gefahr für Deutschland und Preußen hingestellt werden. In der letzten Nummer der „Ostmark“ finden wir einen Artikel, der sich bemüht, die ganze polnische Gesamtheit, insbesondere aber alle polnischen Zeitungen in einem sehr schlechten Lichte darzustellen. Diesem Beispiel folgt auch eine gewisse „Unabhängige Nationalkorrespondenz“.

Am Eingange ihres Artikels knüpft die „Ostmark“ an eine der letzten Erklärungen der preussischen Regierung in Sachen der neuen Orientierung in der Politik gegenüber den Polen folgende Betrachtung: „Auch wir wünschen, die Regierung möge die Politik gegenüber den Polen untersuchen und zwar mit voller Objektivität und mit dem Wohlwollen, wie dies das Verhalten der preussischen Polen in diesem deutschen Kampfe um Sein und Nichtsein es gebietet.“

Die preussische Regierung und die „Ostmark“, sowie der hinter ihr stehende Ostmarkenverein haben ein und dieselbe Ansicht geäußert; diese Worte haben aber im Munde der Regierung eine andere Bedeutung, als die in den Spalten der „Ostmark“. Die Worte der Regierung erwecken bei den Polen Hoffnungen. Die „Ostmark“ dagegen gibt heute schon zu verstehen, daß die Polen eine Änderung der Politik nicht verdient hätten. Die „Ostmark“ schreibt nämlich so: „Wie das Verhalten der Polen ist, davon wird man sprechen können, wenn der Frieden geschlossen sein wird. Vorläufig müssen wir uns darauf beschränken, die Haltung des polnischen Volkes an dem öffentlichen allgemeinen und ziemlich sicheren Barometer der Presse festzustellen.“

Nach diesen Worten wiederholt die „Ostmark“ Vorwürfe, die übrigens mit der Wirklichkeit nicht im Einklange stehen, welche der „Tygodnik Katolicki“ gegen die polnischen Zeitungen erhoben hatte. Der „T. K.“, ein nichtpolnisches Blatt, wurde in polnischer Sprache bis zum 1. April v. Js. in Königshütte herausgegeben. Für wessen Geld das geschehen ist, das weiß die „Ostmark“ besser als wir. Daß der Artikel dieses Blattes bestellte Arbeit ist, das wissen die „Ostmark“ und ihre Hintermänner noch besser als wir. Doch hören wir, was dieser „T. K.“ schreibt: „Leider muß man darauf hinweisen, daß ein großer Teil der nationalen (d. i. polnischen) Zeitungen nicht so verfährt, wie er es tun müßte. Natürlich können diese Blätter gegenwärtig nicht so heßen wie früher; sie können nicht so offen gegen die Regierung und den Staat schreiben, wie ehemals, weil die Militärbehörden ihr Erscheinen bald verbieten würden. Sie schreiben auch nichts



Gutes über unsere Heere, Generäle und über unseren König. Sie veröffentlichen wohl die amtlichen Berichte, sonst aber auch nichts weiter. Die Tüchtigkeit und der Heldennut unserer Krieger finden bei ihnen keine Anerkennung. Sie schreiben nur vom „deutschen“ Kaiser, von den „deutschen“ bewaffneten Kräften. — Über die „Fortsschritte“ der Franzosen, Engländer und Russen schreiben sie schon lieber; sie bringen die Bildnisse der feindlichen Könige und Streiter — über unsere Könige und Kämpfer aber schreiben sie nichts oder nur sehr wenig. Auf diese Weise klären die nationalen (polnischen) Zeitungen die Leser nicht hinlänglich auf. Sie verhalten sich dem Könige gegenüber ungerecht (vielleicht verlohnt es sich, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß das polnische Volk keine Königsmörder wie Hödel und Nobeling gezeitigt hat und daß bis jetzt noch keine polnische Zeitung wegen Majestätsbeleidigung bestraft worden ist. — Redaktion der „Gaz. Grudz.“), ebenso gegenüber dem Staate und sogar gegenüber den polnischen Kriegern, denen diese Zeitungen zugeschickt werden. Für seine Tapferkeit erhielt mancher polnische Kämpfer das Eisene Kreuz und eine Belobigung, in seiner Zeitung aber findet er darüber nichts. Da liest er bloß etwas von der Tüchtigkeit der Franzosen und Engländer; von den großen Siegen aber, zu denen er auch beigetragen hat, findet er nur den nackten amtlichen Bericht usw.“ —

Zu diesem Artikel bemerkt die „Dſtmark“ folgendes: „Hier muß man hervorheben, daß jener große Teil der nationalen Blätter die gesamte polnische Presse umfaßt, mit Ausnahme des Beuthener „Katolik“ und einiger seiner Ableger in Oberschlesien.“

Es ist aber sonderbar, daß die „Dſtmark“ trotzdem selbst dem „Katolik“ und der ober-schlesischen Bevölkerung nichts schenkt, denn sie sagt: „Es ist bemerkenswert, daß der „Tygodnik“ aus Mangel an Abonnenten am 1. April 1915 zu erscheinen aufhörte. Sein treues Verhalten gegenüber dem Könige und dem Vaterlande gereichte ihm zum Schaden“. — So gibt also die „Dſtmark“ auf diese Weise zu verstehen, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien nicht gut sein müsse, weil sie es zugelassen habe, daß ein dem Könige und dem Vaterlande treu ergebenes Blatt zu Falle kommt. Daran ist augenscheinlich der „Katolik“ schuld, denn er und seine Ableger sind das in Oberschlesien am meisten gelesene Blatt. Durch seine Schuld ist also die polnische Bevölkerung in Oberschlesien so wenig gut, daß sie es zugelassen mußte, daß der „Tygodnik“ sein Erscheinen einstellen mußte. — Daß etwa ist der Sinn der Ausführungen der „Dſtmark“. Das versteht selbst ein Kind.

Nach einer solchen Beschreibung des Verhaltens aller polnischen Zeitungen schreibt die „Dſtmark“ folgendes: „Wenn also die polnischen Zeitungen, um mit den Worten des „Tygodnik“ zu sprechen, jetzt nicht mehr so heßen können wie früher, wenn sie nicht mehr so offen gegen den Staat schreiben können — weil die Militärbehörden ihr Erscheinen bald verbieten würden, so können sie sich doch so einrichten, daß sie von ihren Lesern gut verstanden werden. So schreibt z. B. die „Gazeta Grudziondzka“ unterm 18. Dezember 1915 einen Artikel unter der Überschrift: „Mehr Vorsicht, mehr Bedachtsamkeit“. Die „Dſtmark“ gibt alsdann den ganzen, unseren Lesern wohl bekannten Artikel wieder. Sie läßt nur einige Sätze aus und zwar deshalb, weil ihr diese Sätze bei ihrer Arbeit unbequem sind; es sind dies die folgenden Sätze: „Daß ein solches Verfahren der „Gazeta Grudziondzka“ am klügsten und am meisten politisch ist, das beweist am besten der Ärger unserer Gegner über die „Gazeta Grudziondzka“ und ihren Herausgeber. Dieser Ärger kam z. B. insbesondere auch dann ans Tageslicht, als Herr Rulerski in seinem bekannten Telegramm

an den Reichskanzler in Verteidigung der Freiheit unserer geliebten polnischen Sprache aufgetreten war. Von diesem Ärger zeugen zahlreiche Ausschnitte aus Zeitungen, die wir vor kurzem erhalten haben. Solche Zeitungsstimmen, die dem polnischen Volke nicht wohlwollen, sind für uns der beste Beweis dafür daß wir gut und politisch klug verfahren“.

Die „Dſtmark“ hat auch den Schlußatz ausgelassen, der da lautet: „Verschließen wir nicht mit Gewalt die Augen vor dem, was ist und was geschieht — aber irren wir auch nicht umher in der Welt der Träume, fliegen wir nicht gewissermaßen in der Luft — denn wir sind alsdann bereit, dereinst auf die Erde hernieder zu kommen und zu zerschellen“. Nach einem solchen Zurechtshneiden unseres Artikels ruft alsdann die „Dſtmark“: „Diese Worte bedürfen keiner Erklärung, sie sprechen für sich selbst. Wenn die polnische Presse nach dem Kriege sich an den preußischen Staat mit ihren national-polnischen Forderungen wenden wird, und wenn dieser Staat die polnische Politik untersuchen wird, dann muß man sich diese Worte vergegenwärtigen“. Soviel die „Dſtmark“!

Darauf können wir nur antworten: Wir hoffen, daß es in der Tat so sein wird, geben aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß die Worte der „Gazeta Grudziondzka“ bei den gerechten Deutschen eine solche Anerkennung finden werden, die sie voll und ganz verdienen. Dazu ist es natürlich erforderlich, daß unser Artikel nicht im Rahmen und in der Zusammenstellung mit dem Artikel des „Tygodnik“ gelesen wird.

Jeder nicht voreingenommene Deutsche, der unseren Artikel besonders liest — nicht in der Zusammenstellung mit dem Artikel des „Tygodnik“, wird erkennen, daß er das ist, was er sein soll. Er ist nämlich das aufrichtige Bemühen, die durch den Krieg schwer geprüfte polnische Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse, sowie im Interesse des Staates immer mehr mit den Bedürfnissen und Pflichten der Kriegszeit bekannt zu machen, sie bekannt zu machen mit der Notwendigkeit, welche der Pflicht entspringt, den Burgfrieden zu erhalten. Diesen Burgfrieden aber stört die „Dſtmark“ in dem Artikel, um den es sich hier handelt, in gar sichtbarer Weise.

Man muß fñhrwahr eine ungeheure Fertigkeit in der Kunst des Verdrehens besitzen, um aus dem Artikel wie der unfrige, etwas zu machen, daß getadelt zu werden verdient. Und doch versucht die „Dſtmark“ dieses Meisterstück auszuführen. Und wenn der deutsche Durchschnittsleser zuerst den Artikel des „Tygodnik“ — der alle polnischen Zeitungen, ja sogar den Beuthener „Katolik“ angreift — und dann die Bemerkungen der „Dſtmark“ und alsdann den Artikel der „Gazeta Grudziondzka“ mit den Veränderungen der „Dſtmark“ liest, dann kann ein solcher Leser eine völlig falsche Auffassung von dem Artikel der „Gazeta“ bekommen. Schließlich kann sich in der Seele eines solchen deutschen Lesers die Überzeugung befestigen, daß dieser Artikel der „Gazeta Grudziondzka“ vielleicht tatsächlich an Staatsverrat oder an etwas ähnliches grenze. Es ist doch bekannt, daß man sich vor dem Kriege bemüht hatte, die deutsche Bevölkerung zu überzeugen, daß die Polen einen Verrat beabsichtigten, daß sie mit bewaffneter Hand sich vom preußischen Staate losreißen wollten, daß sie nur auf den Krieg als eine günstige Gelegenheit warteten, um ihre Absicht zu verwirklichen. Der gegenwärtige Krieg hat nun die ganze Haltlosigkeit dieser Fabel gezeigt, die unaufhaltsam durch die Anhänger der „Dſtmark“ verbreitet wurde. Der Kanzler und die preußischen Minister haben der polnischen Bevölkerung wiederholt gesagt, daß sie sich loyal verhalte. Und vor nicht langer Zeit sagte ein gewisser höherer Staatsbeamter in den polnischen Gebietsteilen, daß sich die polnische Bevölkerung im preußischen Staate „wahnsinnig ver-



nünftig" benehme. Und diese Worte enthalten eine tiefe Wahrheit, wenn man bedenkt, daß die Lage der polnischen Bevölkerung im preußischen Staate nicht so einfach und natürlich war, wie die der Deutschen.

Und nun bitten wir, möge die „Ostmark“ das Verhalten der polnisch-katholischen Bevölkerung in West- und Ostpreußen während des Einfalls der Russenheere in diese Landesteile mit dem Verhalten der Ruthenen in Galizien vergleichen, von dem Karl Franz Nowak in seinem Buche „Das Lager Höhen-dorffs“ schreibt: „Überall Verrat, Verrat auf jedem Schritt; kaum waren die k. k. österreichischen Batterien aufgefahren — da kanten die russischen Granaten auch schon ihre Stellungen. Von den Kirchtürmen, vom Felde, von den Ästen der galizischen weißen Birken kamen die Zeichen des Verrats, die Tod und Verderben brachten usw.“

Kann man denn nun solche Taten einem einzigen Polen und Katholiken vormwerfen? Unter den zahlreichen Verrätern in Westpreußen gab es nicht einen einzigen Polen-Katholiken, wie es überhaupt während der Zeit des Krieges nicht einen Fall gab, in dem man einem Polen-Katholiken den Prozeß wegen Staatsverrats gemacht hätte.

Unser polnisch-katholisches Volk hat sich nicht allein keines Verbrechens schuldig gemacht, sondern es hat sich trotz allen Befürchtungen gewissenhaft an alle Verordnungen der Militärbehörden gehalten und sich bemüht, alle seine Pflichten zu erfüllen.

Deshalb müssen wir auch vor allen Dingen gegen den Artikel der „Ostmark“ und gegen die in ihm enthaltenen Vorwürfe protestieren.

Wir fragen nunmehr: Soll daß ein Verderben sein, daß wir das polnische Volk zur Vorsicht beim Sprechen mahnen? Soll das ein Verbrechen sein, in der Zeit, in der es überall Spione gibt, in der sich unter unserem Volke zahlreiche Aufwiegler und Spitzel bewegen, um unser Volk an der Zunge zu ziehen, die Worte zu verdrehen und gegen unsere polnische Volksgesamtheit so eine Waffe zu schmieden?

Es ist noch nicht lange her, als wir gegen die Arbeit der Spitzel protestiert haben, die da das Märchen von den russisch-polnischen Emmissären in die Welt gesetzt haben.

Wir sind neugierig, worin das Verbrechen zu finden ist, wenn wir zur Vorsicht beim Schreiben von Briefen auffordern. Dasselbe tun doch häufig die Behörden selbst. Und liegt denn darin etwas verdächtiges, wenn die „Gazeta“ so schreibt, wie sie zu anderen Zeiten nicht schreiben würde? Schreiben denn nicht alle polnischen und deutschen Zeitungen während der Zeit des inneren Friedens so, wie sie zu anderer Zeit nicht schreiben würden?

Daß alle Zeitungen, die deutschen und die polnischen, also auch die „Gazeta Grudziöndzka“, sich mit ihren politischen Gegnern ähnlich auseinandersetzen würden wie vor dem Kriege — das ist doch eine natürliche Sache und nicht etwa ein Verbrechen, und ihr Verdienst ist doch umso größer, wenn sie den Grundsatz der Aufrechterhaltung des inneren Friedens befolgen. Und wenn nun manche Leser der Zeitungen, insbesondere die der Volksblätter, in dieser Beziehung ungeduldig sind und solche Auseinandersetzungen fordern und es nicht verstehen wollen, warum ein Artikel so oder so und nicht so geschrieben wird, so ist das ebenfalls verständlich, und deshalb muß man belehren, man muß auch auf die Vorschriften der Zensurbehörden achten — und wir haben doch die Praeventivzensur. Das Zensuramt kann die Artikel so streichen, daß die ganze Arbeit zwecklos wird. Es ist auch eine natürliche Sache, daß man sich vor den Gegnern des polnischen Volkes hüten muß, die nur darauf warten, um die allerwichtigsten Artikel zu verunglimpfen, oder sie

der deutschen Bevölkerung in einem völlig falschen Lichte darzustellen. Der beste Beweis dafür ist das Verhalten der „Ostmark“, die aus dem Artikel, in dem zur Bedachtsamkeit und zur gewissenhaftesten Pflichterfüllung aufgefordert wurde, einen schädlichen, gefährlichen und gewissermaßen verräterischen Artikel machen wollte. Daß die „Gazeta Grudziöndzka“ angesichts eines solchen Verfahrens einen recht scharfen und gepfefferten Artikel schreiben möchte, ist sehr wohl zu verstehen; mit Rücksicht aber auf den gegenwärtig herrschenden Burgfrieden sieht sie davon ab. Auch andere Verhältnisse, die unser Volk betreffen, möchte die „Gazeta“ gerne berühren; sie tut es aber mit Rücksicht auf den Krieg nicht. Gleich am Anfange des Krieges gaben wir gegenüber den militärischen Behörden die Erklärung ab, daß wir häufig mit der Regierung wegen verschiedener politischer Angelegenheiten gekämpft hätten, weil wir gesehen, daß sie dem Dasein unseres Volkes, dem Rechte unserer Muttersprache usw. gefährlich gewesen sei, daß wir jedoch in der Zeit des Krieges diesen Kampf aufgeben, daß wir aber nach dem Kriege, wenn die Verhältnisse wieder dieselben würden wie vor dem Kriege, wieder zu diesem Kampfe zurückkehren würden. Und daran wird sich die „Gazeta Grudziöndzka“ bis zum Schlusse des Krieges halten. Sie wird so umsichtig und so loyal wie möglich verfahren. Ja, sie wird auch dem gesamten polnischen Volke immer wieder die Notwendigkeit dieses Verhaltens vor Augen führen. Wir wollen, daß weder auf das polnische Volk noch auf uns selbst ein Schein des Vorwurfs fallen könnte. Denn nur dann werden wir das Recht haben, umso dreister nach dem Kriege zum Schutze der nationalen Heiligtümer und der Rechte des polnischen Volkes aufzutreten und zwar denen gegenüber, die diese unsere Rechte schmälern wollen. Daß es aber solcher Leute viele gibt, das weiß die „Ostmark“ ebenso wie wir. Und ihr Artikel gibt den besten Beweis dafür. Wir glauben nicht daran, daß ein recht und gerecht denkender Deutscher uns das übel nehmen könnte; wir sind vielmehr der Meinung, daß jeder den loyalen Standpunkt der „Gazeta Grudziöndzka“ und des polnischen Volkes anerkennen wird. In unserem ganzen Artikel ist nichts enthalten, was das Verhalten der „Ostmark“ rechtfertigen könnte. Die „Ostmark“ schreibt am Ende ihres Artikels, daß die Worte unseres Artikels keinerlei Erklärungen bedürften, weil sie für sich selbst sprächen.

Es ist eine interessante Sache, daß nicht die polnischen Zeitungen während des Krieges die Regierung bekämpfen, sondern auch die polnischen Abgeordneten das nicht tun, wie das die letzten polnischen Verhandlungen gezeigt haben; dagegen bekämpfen sie Blätter wie die unabhängige „National-Korrespondenz“ und solche Abgeordnete, welche dieselbe Richtung verfolgen, wie die „Ostmark“ und die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“. Und sie gehen so weit, daß der Kanzler in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (in Sachen des Unterseebootskrieges energisch auftreten mußte, um die, die im trüben Wasser fischen, zu bezähmen. Und solche Leute erdreisten sich dann, die polnischen Zeitungen mit unbegründeten Vorwürfen zu trakfieren.

Unsere Leser werden sich sicherlich fragen, welcher endgültigen Zweck die Arbeit der „Ostmark“ und jener „Nationalkorrespondenz“ hat.

Diese Blätter sehen nämlich, daß die preußische Regierung das loyale und ruhige Verhalten der Staatsbürger polnischer Nationalität anerkennt. Das hat der Reichskanzler, das haben auch die preußischen Minister, ja sogar alle Parteien im Reichstage bestätigt. Die preußische Regierung hat angesichts dessen wiederholt feierlichst erklärt, daß sie nach dem Kriege ihre



Politik gegenüber den Polen ändern werde. In Berlin pfeifen es die Sperlinge von den Dächern, daß die hinter der „Osmark“ und der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ stehenden polnischen Kreise diese Änderung hinsichtlich der Polen nicht wollen. Während auf den Kampfplätzen das polnische Blut in Verteidigung der Interessen des Staates und des deutschen Volkes in Strömen fließt, — besitzen diese Blätter die Dreifügigkeit, das deutsche Volk durch Kunststücke aufzuwiegeln, damit es der Regierung bei ihren Absichten hinderlich wäre.

Eine solche Bedeutung hat also die Arbeit jener Blätter. Unsere Pflicht ist es nun, dem deutschen Volke diese Versuchungen vor Augen zu führen. Wir müssen dem deutschen Volke sagen, es möge sich derer entledigen, die da haben wollen, daß für das in diesem deutschen Kampfe vergossene polnische Blut die polnischen Kämpfer unter das Joch der antipolnischen Gesetze zurückkehren sollten. Wir glauben zwar nicht daran, daß dies geschehen sollte und hoffen, daß die Regierung die gegebenen Versprechungen halten wird! Wir glauben an das Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes, und wir appellieren an dies sein Empfinden.

Aus Nr. 65 der Gazeta Toruńska (Thorn)  
vom 19. März 1916.

### Die Generalversammlung des Vereins für Wissenschaften in Thorn

fand am verflossenen Dienstag, den 14. März, um 3 Uhr nachmittags im Saale des Museums bei Beteiligung einiger 10 Vereinsmitglieder statt. Eröffnet wurde sie von dem Vorsitzenden, Geistlichen Dr. Czapla aus Subkau. Den Vorsitz führte Herr Bronislaus Donie-mirski aus Dembienitz, welcher Herrn Georg Szuman zum Protokollführer berief.

Als erster nahm das Wort Geistlicher Dr. Czapla, um den Bericht über die Tätigkeit des Vereins zu erstatten, er führte etwa folgendes aus:

Es ist unsere Pflicht, den geehrten Herren zu zeigen, wie der Verein im verflossenen Jahre das sich gesteckte Ziel zu erreichen bemüht war. Die eine Aufgabe des Vereins ist, die Wissenschaft zu pflegen.

Das für das verflossene Jahr herausgegebene Jahrbuch ist allen Mitgliedern zugestellt worden. Es enthält den weiteren Fortgang des Werkes des Geistlichen Kujot: „Die Geschichte Westpreußens bis zum Jahre 1309“. Es ist das die Frucht langjähriger Studien dieses verdienten Historikers unserer Gegend. Der Verfasser hat sich mit diesem Werk in der Geschichte unseres Vereins ein bleibendes Andenken gesichert. Den in der polnischen Literatur lang vermißten Mangel der Geschichte des heutigen Westpreußens hat unser Verein beseitigt. Unsere Aufgabe ist aber noch nicht erfüllt, erst das Fundament ist gelegt. In der Generalversammlung im Jahre 1898 drückten die Mitglieder den Wunsch aus, der Verein möge sich zur Aufgabe machen, eine Geschichte unseres Landesteils herauszugeben. Bis zum Jahre 1309 ist die Arbeit erledigt; es handelt sich nun darum, das Werk weiter fortzusetzen. Dann erst wird der Verein den vollen Verdienst für sich in Anspruch nehmen können. Wir müssen für den weiteren Bau einen Stein zum andern tragen, und dieser Aufgabe dienen unsere „Fontes“. Den dies-jährigen Band schließt Schwengels „Beitrag zur Geschichte der Pfarodie, insbesondere der Klöster in Pomern“. — Die Drucklegung ist beendet, sodaß auch dieser Teil unserer Herausgebungen den Mitgliedern in diesen Tagen zugestellt werden wird. Es werden auch Stimmen laut, die sich gegen diese Herausgebung richten. Zur Verteidigung genügt aber vielleicht der Hinweis auf die Meinung angesehenen Forscher, sowohl polnischer wie deutscher, die gerade die Veröffentlichung

dieser Quellen als ein Hauptverdienst unseres Vereins, ansehen.

Die zweite Aufgabe unseres Vereins ist die Sammlung und Aufbewahrung von Überbleibseln der Kunst und von Lehrgegenständen, insbesondere solcher, die sich auf Westpreußen beziehen.

Indem wir für die Zustellung neuer Gegenstände für unsere Sammlungen im Namen des Vereins danken, bitten wir gleichzeitig, uns weiterhin zu unterstützen, sei es in Gestalt von Geschenken, oder in Gestalt von Depositen, die Eigentum des Sponsors bleiben sollen. In den Häusern befinden sich noch viele Überbleibsel unserer Vergangenheit. Sie gehören in unsere Sammlungen, denn hier erst zeigen sie ihren rechten Wert. Sie lernen die Besucher unsere Vergangenheit kennen und lieben: sie werden auch vor der Vernichtung bewahrt. Wir bitten die geehrten Mitglieder, es möge jeder in seinem Kreise sich als Helfer des Vereins erweisen.

Die Zahl der Mitglieder ist im verflossenen Jahre nur wenig gewachsen. Zum Teil ist dies dem Kriege zuzuschreiben. Ein Teil der Intelligenz steht immer noch abseits. Wir bitten, uns neue Mitglieder zuzuführen, wozu sich die privaten Verhältnisse weit besser eignen, als Einladungen von Seiten des Vorstandes. Es handelt sich nicht nur um die materielle Unterstützung der Kasse, sondern, was wichtiger ist, um die Beteiligung an den wissenschaftlichen Bestrebungen des Vereins.

Auch im verflossenen Jahre zeigte der Verein seine Lebensfähigkeit. Aufrichtige Dankbarkeit gebühret allen uns wohlgesinnten Freunden und Mitarbeitern. Es verbleibt uns die traurige Pflicht, an die Verluste im Verein zu erinnern. Es sind 14 Mitglieder gestorben: Die Geistlichen Santowski, Julius und Gustav Potocki, Hunsdorf, Prabucki, Frydrychowicz, Betlejowski, Isbrandt und die Herren Górkowski, Dworjan, Parczewski, Tomaszewski und Chmielecki.

Es sprach sodann der Bibliothekar des Vereins, Herr Steinborn aus Thorn. Er bat, den Sammlungen Gegenstände zuzuführen und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Erzeugnisse der keramischen Kunst, mit deren Sammlung man sich bisher gar nicht befaßt hat. Der Referent bat, in der Provinz, in den Städten und Dörfern die Spinde nachzusehen. Es dürften sich nach seiner Meinung manche Gegenstände vorfinden, die, wenn auch unansehnlich, doch ein schätzbares Dokument sein könnten für die hohe Entwicklung, welche diese Kunst in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreicht hat. Im verflossenen Jahre wurden dem Schutze unseres Vereins anvertraut: von dem Herrn Jaskulski aus Thorn eine Wandspindtür mit ausgelegter Arbeit, die ohne Zweifel aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts stammt. Wir besitzen in unseren Sammlungen bereits 2 Gegenstände solcher Arbeit: einen fertigen Spind und eine Tür für einen Wandspind, sie tragen die Zahl 1729.

Im Juni 1914 sandte Herr Węsierski aus Posen ein in Öl gemaltes Bildnis des verstorbenen Direktors des Gymnasiums in Kulm. Die früheren Schüler wollten das Andenken dieses Herrn (Dr. Łożynski) ehren und übergaben sein Porträt dem Schutze unseres Vereins. Als dritte ansehnliche Spende erhielten wir von dem Herrn Roscinski gegen hundert alte Dokumente, die sich vornehmlich auf das Kürschnerhandwerk in Neumark und der Umgegend beziehen.

Ich komme nun zu dem letzten Geschenk aus dem verflossenen Jahre, zur Bibliothek des Geistlichen Stanislaus Kujot, des langjährigen Vorsitzenden unseres Vereins. Die Verdienste dieses Mannes haben bereits andere in Wort und Schrift hervorgehoben. Mit einer gewissen Bangigkeit war ich bemüht, seine Bücher in unsere Bibliothek einzuordnen. Bei dieser Gelegenheit mußte ich unwillkürlich den Geistlichen Kujot mit Sigismund Dziakowski vergleichen.



Sigismund Dzialowski hatte als erster den Gedanken der Gründung des wissenschaftlichen Vereins für unsere Gegend angeregt; er war gewissermaßen der Vater des Vereins. Nach einigen Jahren gedeihlicher Entwicklung begann der Verein aus verschiedenen Gründen wieder in Verfall zu geraten.

Der Geistliche Stanislaus Kujot, überzeugt von der tiefen Bedeutung des Vereins, nahm das Ruder in die Hand und führte mit unermüdlicher Arbeit den Verein auf seine jetzige Höhe. So wurde Kujot der Erneuerer des Vereins für Wissenschaften.

Sigismund Dzialowski — der Gründer des Vereins, Stanislaus Kujot — der Erneuerer desselben! Das sind zwei wichtige Punkte in der Geschichte unseres Vereins.

Nach dem Tode des Geistlichen Kujot beginnt eine neue Ära. Dem gegenwärtigen Vorstände ist es zum Bewußtsein gekommen, daß das für ihn und für den ganzen Verein ein überaus wichtiger Augenblick ist; denn es wird nicht leicht sein, einem so erfahrenen Leiter, wie es Geistlicher Kujot gewesen, gleichzukommen. „Aber mögen die Lebenden die Hoffnung nicht aufgeben!“

Wenn es jedem Mitgliede gelingen wird, nur einen kleinen Teil seiner Liebe für den Verein hinzugeben, wie es Geistlicher Kujot getan, dann können wir dreist der weiteren Entwicklung der Organisation entgegensehen.

Sigismund Dzialowski sagte in seiner Rede bei der Eröffnung des Museums des wissenschaftlichen Vereins am 20. November 1876, also vor 40 Jahren:

„Bescheiden sind unsere Anfänge, und im Bewußtsein der bescheidenen Kräfte können wir vor der Hand nur bescheidene Schritte tun, um aber um so sicherer fortzuschreiten. Allmählich kommt man zu dem höchsten Ziele. Neben den Museumsammlungen haben wir eine kleine Bibliothek, die etwa 1000 Bände umfaßt. Wir hoffen jedoch, daß der Verein für Wissenschaften der seine Kräfte sammelt und anwendet, mit der Zeit zu einer eigenen literarischen Blütenlese gelangen wird.“

So sagte Sigismund Dzialowski bei der Gründung des Vereins. Ob sich seine Wünsche und Hoffnungen erfüllt haben, das mögen seine Herausgebungen beweisen: 22 Bände Jahrgänge, 18 „Fontes“ und 32 Aufzeichnungen. Der Löwenanteil an der literarischen Errungenschaft — sind die Arbeiten des Geistlichen Kujot.

Die Sammlungen vermehren sich nur langsam, schneller geht es mit der Bibliothek. Wir besitzen gegenwärtig 5 000 Bände.

Der innere Wert der Bibliothek des Geistlichen Kujot ist bedeutend. Deshalb beschloß der Vorstand, einen Katalog für die Bibliothek zu drucken. Ich bitte die geehrten Mitglieder, ihre eigene Bibliothek einer Durchsicht zu unterziehen, und zwar hinsichtlich der Bücher, die unsere Gegend betreffen. Ich bitte sie, solche Bücher noch vor der Drucklegung des Katalogs an uns zu senden. Ich erinnere auch daran, daß Grammatiken und polnische Wörterbücher erwünscht sind.

Wie bisher, so steht die Bibliothek den geehrten Mitgliedern auch fernerhin zur Verfügung.

Indem ich meinen Bericht schließe, übernehme ich im Namen des Vereins für Wissenschaften hiermit feierlichst das Geschenk des Geistlichen Kujot, dessen Andenken im Verein für Wissenschaften nicht erlöschen wird.

Der Stand der Kasse stellt sich nach dem Bericht des Kassierers, Geistlichen Szuman aus Al. Trebisch, wie folgt dar:

Die Einnahme betrug im Jahre 1915 . . . . . 4 437,45 M.  
Die Ausgabe betrug im Jahre 1915 . . . . . 3 785,03 M.

Das ganze Vermögen des Vereins beträgt 2 203,10 Mark.

Für den Kujot-Fond sind über 3 000 Mark gesammelt worden.

Es wird bemerkt, daß man lebenslängliches Mitglied des Vereins werden kann, wenn man wenigstens 300 Mark in die Kasse einzahlt. Die Summe kann ganz oder ratenweise entrichtet werden. Sobald die ganze Summe eingezahlt ist, braucht das lebenslängliche Mitglied Jahresbeiträge nicht mehr zu entrichten.

Der Vorsitzende erteilte nunmehr dem Propst Czaplowski das Wort zu dem Vortrage über das Thema „Der Hussitismus und der Humanismus, die Vorläufer der Reformation in Pommern“.

Es entspann sich über den Vortrag eine lebhafteste Diskussion, in welcher der Vortragende eingehende Erklärungen gab.

Bei dem Punkte „Anträge der Mitglieder“ ersuchte Geistlicher Czapla, den Herrn Michael v. Sczaniecki in Anbetracht seiner Verdienste um den Verein zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Die Generalversammlung beschloß demgemäß, wofür Herr v. Sczaniecki in herzlichen Worten dankte.

Der verstorbene Vorsitzende, Geistlicher Kujot, leitete auch die Herausgebung des Vereins der Wissenschaften. Der gegenwärtige Vereinsvorsitzende bittet die Mitglieder, einen Redakteur zu wählen, der die Aufsicht über die Herausgebung unserer Institution führen würde. Die Versammelten nahmen den Antrag an und wählen für das schwierige und zugleich ehrenvolle Amt des Redakteurs den Propst Czaplowski. Nunmehr wurde die Angelegenheit betreffend den Kujotfonds besprochen. In der Diskussion festigte sich die Überzeugung, daß der Fonds eine solche Höhe erreichen müsse, daß die Zinsen für die ständige Unterstützung der Bestrebungen des Vereins ausreichen. Die Verdienste des verstorbenen Vorsitzenden für den Verein und für die Wissenschaft seien so groß, daß er eines solchen Denkmals würdig sei. Es wurde beschlossen, für diesen Fonds weiterhin zu sammeln, und man gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gelder, sobald ruhige Zeiten eintreten würden, reichlicher fließen werden. Man ist auch der Hoffnung, daß die Söhne unserer Gegend, insbesondere aber die Schüler des Geistlichen Kujot, der Dankbarkeit ihres geschätzten Lehrers nicht vergessen und nach Kräften und nach Möglichkeit das Werk unterstützen werden.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende dankte den Versammelten für die Beteiligung an den Beratungen und schloß die Sitzung abends 6 Uhr.

Aus Nr. 69 der Gazeta Toruńska (Thorn)  
vom 24. März 1916.

### Wissenschaftlicher Verein in Thorn.

(Kassenbericht für das Jahr 1915.)

Das verflossene Jahr, welches auf alle Gebiete des sozialen Lebens als Kriegsjahr ungünstig einwirkte und auch im Vereinsleben einen Stillstand hervorrief, war für die Kasse unseres wissenschaftlichen Vereins verhältnismäßig nicht gar sehr ungünstig. Die Lücken sind kleiner wie wir befürchteten. Der einzige, nicht wieder gut zu machende Verlust ist der Tod des Vorsitzenden und Vereinskassierers, Geistlichen Kujot. Noch im Todesjahre führte er auf dem Krankenlager das Kassenbuch, und in den letzten Jahren führte er dem Verein 19 lebenslängliche Mitglieder zu, welche der Vereinskasse je 300 M. Beitrag einbrachten. Im neuen Jahre trat dem Verein niemand als lebenslängliches Mitglied bei. Das ist infolge der Hunderte und Tausende von Mark, mit denen jeder von uns die Hungernden und Obdachlosen zu retten sucht, sehr begreiflich. In diesem Jahre kann der



Kassierer ausnahmsweise der Generalversammlung keine genaue Mitgliederzahl nennen, denn wir haben von mehreren im Kriege befindlichen Mitgliedern keine Nachricht. Auch von eilichen Mitgliedern aus Galizien haben wir mit Rücksicht auf die erschwerte Postverbindung nichts hören können. Deshalb streiche ich von den 19, die meine Worte betreffen, vorläufig niemanden in der Liste. Es sind aus dem Verein 10 Mitglieder ausgetreten, 14 gestorben, so daß wir sicher 24 Mitglieder verloren haben.

Hinzugekommen sind jedoch von neuem 28 gewöhnliche Mitglieder, so daß der Unterschied zugunsten des Vereins 4 beträgt. Für das Jahr 1915 zählt der Verein der Wissenschaften:

|                                     |     |
|-------------------------------------|-----|
| 1. Ehrenmitglieder .....            | 4   |
| 2. Lebenslängliche Mitglieder ..... | 18  |
| 3. Gewöhnliche Mitglieder .....     | 556 |

Zusammen... 578

Ich bemerke, daß infolge der Agitationen des Vorsitzenden unter den Geistlichen im Jahre 1916 bis jetzt schon 20 neue gewöhnliche Mitglieder hinzugekommen sind.

|                                               |            |
|-----------------------------------------------|------------|
| Der Kasse sind zugeflossen für das Jahr 1915: |            |
| Von Mitgliedern .....                         | 3313,52 M. |
| Für das Jahr 1916 .....                       | 252,15 "   |
| Zinsen .....                                  | 871,78 "   |

Zusammen... 4437,45 M.

Die Ausgabe betrug im Jahre 1915... 3785,03 "

Auf das Jahr 1916 gehen über ..... 652,42 M.

Weil aber noch nicht versandte „Fontes“ für 1915 bezahlt werden müssen, gibt es in Wirklichkeit keinen Kassenbestand.

Unsere Kapitalien müssen sich von Jahr zu Jahr vergrößern, wenn wir ein eigenes feuersicheres Haus bauen wollen, in dem wir die schätzenswerten Sammlungen und die Bibliothek des Vereins unterbringen können.

Diesen Wunsch in die Tat umzusetzen, wird uns der Rujot-Fonds, welcher bis jetzt 3419,— M. beträgt, helfen.

Ich schließe mit einem kurzen Appell:

Es fällt auf, daß wir so wenig Mitglieder besitzen, denn es sind ihrer nur 32 (unter ihnen ein Ehrenmitglied und ein lebenslängliches) aus dem Posener Gebietsteile. Zahlreiche Geistliche und weltliche intelligente Herren des Großherzogtums stammen aus Westpreußen oder sie haben doch wenigstens hier in Preußen das Gymnasium besucht. Sicherlich ist in ihrem Herzen der Funke der Anhänglichkeit an die Erde, auf der sie geboren sind, noch nicht erloschen. Wir bitten sie daher, dem Verein der Wissenschaften in Thorn beizutreten. Der Jahresbeitrag beträgt nur 6,— M.

KL. Trebisch, den 12. März 1916.

Geistlicher Szumann.

Scheckkonto: Danzig 3764.

(Wir sind genötigt, den vorstehenden Kassenbericht besonders zu veröffentlichen, weil sich unser umfangreicher Bericht bereits im Drucke befand, als der vorstehende Bericht in unsere Hände gelangt war. Die Redaktion.)

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 68 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 23. März 1916.

Unter der Epithyma

### „Politisch-parlamentarische Wirren“

schreibt das Blatt u. a. folgendes: Die deutschen Zeitungen verfolgen mit nie dagewesener Anspannung den Verlauf des Streites, der entstanden ist zwischen Regierungskreisen und dem konservativ-nationalen Lager und zwar auf Grund der Unterseebootfrage.

Gerade der Umstand, daß in diesem Falle die rechtsstehenden Elemente im Gegensatz zur Regierung stehen, soweit es sich um den Kampf mit den Unterseebooten handelt, gibt der gegenwärtigen inneren Lage ein charakteristisches Merkmal.

Es ist dies eine ungewöhnliche Lage, daß gerade die Elemente, die gewöhnlich mit einem solchen Nachdruck die Autorität der Krone hervorgerufen haben, heute den Vorwurf der amtlichen Organe auf sich ziehen, daß sie die Macht des Parlaments mißbrauchen, um sich in die Angelegenheiten des Oberkommandos hineinzumischen.

Der Widerhall dieser Polemik im Parlament wird in jedem Falle sehr interessant sein. Es verknüpft sich damit auch die Angelegenheit der politischen Zensur, welche dieselben Elemente im Reichstage berühren wollen.

Aus Nr. 63 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 17. März 1916.

## Die Jugendwehr.

Bei den Übungen der Jugendwehr handelt es sich, wie das Kriegsministerium hervorgehoben hat, nicht um die Nachahmung militärischer Übungen oder um Soldatenspiele — wie noch vielfach angenommen wird. Die militärische Vorbereitung der Jugend umfaßt vielmehr gymnastische Übungen aller Art: Turnspiele, Wettlauf, Hindernislaufen, Werfen, Marschübungen, Schärfung des Gehörs und Gesichts, Kenntnis des Geländes, Ordnungsübungen usw. Diese Übungen sind der Jugend nützlich und bereiten sie unmittelbar zum Kriegsdienst vor. Mitglieder der Jugendwehr, die bei der nächsten militärischen Musterung eine Bescheinigung über den regelmäßigen und erfolgreichen Besuch der Übungen nachweisen können, dürfen den Wunsch aussprechen, bei welcher Truppengattung sie dienen wollen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung ihres Wunsches ergibt sich hieraus aber nicht. Die Entscheidung hängt nur von den Vorsitzenden der Musterungskommissionen ab, denen aber möglichste Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche aufgegeben worden ist.

Der Kriegsminister täuscht sich augenscheinlich, denn wir hier im Lande sehen mit eigenen Augen, daß es sich bei den Übungen der Jugendwehr tatsächlich um Nachahmung militärischer Übungen und um Soldatenspielen handelt. Auf die Folgen dieser Jugendwehrübungen für die Jugend in moralischer, religiöser und beruflicher Hinsicht blicken viele Leute sehr schwarz. Es wird einst die Zeit kommen, daß wir darüber mehr werden schreiben können.

## Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 69 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 23. März 1916.

### Der Krieg.

(Mit dieser Überschrift sind alle nachstehenden Artikel des „Wiarus Polski“, die Betrachtungen über die politische und Kriegslage enthalten, versehen.)

Das wichtigste mit dem Kriege im Zusammenhang stehende Ereignis ist das heftige Hervortreten der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen den Hirtenbrief des Primas von Belgien, Kardinals Merciers. Das Zentrumsblatt macht dem Kardinal den Vorwurf, daß er gegen die wichtigsten Pflichten seines



Amtes verstoßen, die Gläubigen getäuscht und die heilige Schrift mißbraucht habe.

Auf die von der „Kölnischen Volkszeitung“ herausgegebene Parole griffen den belgischen Kardinal auch die deutschen liberalen Blätter an. Der Dortmunder „Generalanzeiger“ weiß bestimmt, daß auch der Papst binnen kurzem den Primas von Belgien und zwar auf Anregung des Erzbischofs von Köln und des Fürstbischofs von Wien tadeln wird.

Am meisten rügen die Blätter den Teil des Briefes des Kardinals Mercier, in welchem er den auf natürliche und übernatürliche Überzeugung gestützten Glauben an den Triumph und an die Unabhängigkeit Belgiens zum Ausdruck bringt.

Aus Nr. 70 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 24. März 1916.

Unter der Überschrift: „Kardinal Mercier in eine Spionageangelegenheit verwickelt“ berichten Zentrums- und liberale Blätter, daß bei einem gewissen Belgier, welcher Briefe über die Grenze beförderte, ein an den päpstlichen Staatssekretär gerichtetes und vom Kardinal Mercier unterzeichnetes Schreiben über rein kirchliche Fragen vorgefunden worden ist. Die Zentrumsblätter versichern, daß die deutschen Behörden die Beförderung von Briefen mit solchem Inhalt ohne weiteres gestatten. Daraus kann man schließen, daß die Briefe der belgischen Bischöfe an den apostolischen Stuhl von der deutschen Zensur durchgesehen und nur dann weitergesandt werden, wenn ihr Inhalt den Interessen Deutschlands nicht widerspricht. Die Angriffe der deutschen Blätter gegen den Primas von Belgien hören nicht auf.

Gleichzeitig wird die Agitation für eine Verschärfung des Unterseebootkrieges gegen die Engländer weiter fortgesetzt. Immer deutlicher tritt vor Augen, daß es den Leitern dieser Agitation vor allem darum zu tun ist, die Stellung des Reichskanzlers, der von Amts wegen dazu berufen ist, unnötigen Konflikten mit den neutralen Staaten vorzubeugen, zu untergraben. Da Herr v. Bethmann-Hollweg eine Prüfung der politischen Grundsätze gegenüber den Polen nach dem Kriege angekündigt hat, deshalb bemühen sich die Gegner, den Kanzler bloßzustellen, indem sie in gewissen Blättern über eine angeblich feindliche Haltung der Polen gegenüber den Deutschen berichten. Mit ähnlichen Kunststücken stürzte man f. Zt. den Reichskanzler Caprivi, der sich als Gegner der hochgeschraubten Zölle bei den Agrariern und Fabrikanten unbeliebt machte. Herr v. Bethmann-Hollweg zog sich die Abneigung dieser Kreise nicht nur durch seine Vorsicht in der auswärtigen Politik zu, sondern vor allem durch seine Neigung, die politischen Rechte der Volksmassen im preußischen Staate zu erweitern. Es ist schwer zu begreifen, daß es in Deutschland Leute gibt, die in einem solchen ernststen Augenblick, wie der gegenwärtige, nicht nur indirekt und offen gegen den Reichskanzler, sondern auch direkt gegen den obersten Führer wühlen. Es ist dies ein Beweis, für den großen Egoismus und für die Kurzsichtigkeit dieser Kreise, die als Stützen Preußens und Deutschlands gelten wollen.

Wie ernst der gegenwärtige Augenblick ist, kann man sich aus den Kriegsberichten überzeugen. Es geht aus ihnen hervor, daß der entscheidende Kampf auf allen Fronten tatsächlich schon begonnen hat. In dem Bestreben, die Franzosen zu entlasten, haben die Italiener ihre Angriffe gegen die Österreicher verstärkt und die Russen eine gewaltige Offensive gegen die deutschen und österreichischen Truppen begonnen. Dem Vernehmen nach hat Rußland auch in Bessarabien und an der Grenze Rumaniens

und der österreichischen Bukowina ein 2 Millionen Krieger zählendes Heer versammelt, um, wie die Blätter berichten, Rumänien auf seine Seite hinzuzuziehen, oder durch Rumänien und Bulgarien zu marschieren, um Konstantinopel zu erobern.

Die Bulgaren kämpfen einstweilen in Mazedonien mit den englisch-französischen Truppen aus Saloniki. Sie sind dabei mit griechischen Wachtposten zusammengestoßen.

Die Haltung Griechenlands ist immer noch unbestimmt, aber der König spricht immer öfter zu den Journalisten von der Artigkeit Griechenlands gegenüber dem lateinisch-slawischen Verbande.

Die Diplomatie dieses Verbandes ist sehr tätig, um möglichst bald nicht nur Griechenland und Rumänien, sondern auch Holland und Norwegen für sich zu gewinnen. Dabei nützt sie die Gelegenheit der Versenkung der holländischen und norwegischen Schiffe aus, für die die Engländer das Deutsche Reich verantwortlich machen.

Das Verhältnis Deutschlands zu Nordamerika und Brasilien hat sich noch nicht geklärt. Auf jeden Fall spricht die politische Weltlage gegen diejenigen, die wider die Beschlüsse der für die politischen und kriegerischen Fragen im Deutschen Reiche verantwortlichen Leiter wühlen.

Aus Nr. 71 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 25. März 1916.

Der polnischen Volksgesamtheit in Galizien hat der Krieg viel materielle, moralische und politische Niederlagen bereitet, er hat ihr aber auch zweifellos Vorteile gebracht und zwar durch den Anschluß aller politischen Parteien an den polnischen Klub. Auch die Sozialisten mit dem Abgeordneten Daszynski an der Spitze sind der gemeinsamen parlamentarischen Organisation beigetreten. Obwohl wir Herrn Daszynski, der sich f. Zt. mit den verbissensten Feinden der Polen und Slawen gegen den polnischen Ministerpräsidenten und gegen die aus Polen, Tschechen, Slowenen und Deutschkatholiken bestehende parlamentarische Mehrheit vereinigt hatte, nicht trauen, so erkennen wir doch an, daß nur mit gemeinsamen Kräften unsere Landsleute in Galizien erfolgreich ihre nationalen Rechte in Lemberg, in Wien und an dem Orte, auf welchen Wien blicken muß, verteidigen können. Auf Errungenschaften wird man unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum rechnen können, aber es handelt sich ja wohl nur um die Erhaltung dessen, was die Polen in Österreich durch eine vernünftige Politik des vorhergehenden Geschlechts erreicht haben.

Eine parlamentarische Bedeutung kann der Zusammenschluß der polnischen Parteien in Galizien schon aus dem einfachen Grunde nicht haben, weil das österreichische Parlament schon seit Jahren nicht tagt und Kaiser Franz Josef ohne Parlament auf Grund des § 14 der Verfassung regiert, jenes Paragraphen, der, falls das Parlament nicht imstande ist, seine Aufgaben zu erfüllen, den Erlaß königlicher Verordnungen vorsieht. — Wer weiß, ob wir überhaupt den Zusammentritt des heutigen österreichischen Parlaments in Anbetracht der unumgänglichen Umwälzungen, die der Krieg nach sich ziehen wird, erleben werden.

Was den deutschen Reichstag anbetrifft, so hat sich unsere Vermutung insofern bestätigt, als die Sozialdemokraten die Besprechung der Anträge, die Fingerzeige in Sachen des Unterseebootkampfes für die oberste Heeresleitung enthielten, vor dem vollbesetzten Hause verhindert haben. Die Konservativen und Nationalliberalen wollten durchaus ihre Anträge begründen und sie traten von ihrem Vor-



haben erst dann zurück, als die Sozialdemokraten damit drohten, daß sie in diesem Falle von allen Fragen der äußeren Politik sprechen würden. Die Hezjagd gegen den Kanzler hat somit vorläufig im Reichstag aufgehört; sie wird aber außerhalb des Reichstages mit umso größerem Eifer fortgesetzt. Es wirft dies ein merkwürdiges Licht auf den Patriotismus und auf die Gefügigkeit derjenigen Kreise, dem Monarchen gegenüber, die als Stützen von Thron und Staat gelten wollen.

Der Druck der Gegner Deutschlands und Österreich-Ungarns wird von Tag zu Tag größer. Sie wollen sich durch die auf den einzelnen Fronten gemachten Anstrengungen gegenseitig helfen, indem sie das Hinüberwerfen von Truppen von der einen nach der anderen Front erschweren, um dadurch zu verhindern, daß durch einen starken Stoß ihre Linie auf irgend einer Stelle durchbrochen werden könnte. Man muß aufmerksam die Tagesberichte lesen, um die Bedeutung der gegenwärtig tobenden Kämpfe gehörig einzuschätzen.

Gegen den Primas von Belgien hat das Korrespondenzbüro der Zentrumsparthei einen sehr scharfen Artikel aus Anlaß seines Fasten-Hirtenbriefes versandt. In Sachen des Briefes, der von den deutschen Behörden aufgefangen worden ist, erfahren wir, daß es sich nicht um ein Schreiben handelt, das Kardinal Mercier unter Umgehung der deutschen Post nach Rom senden wollte, sondern um einen Brief des päpstlichen Staatssekretärs Gaspari, der bei einem Belgier, welcher ihn über die Grenze gebracht hatte, vorgefunden wurde. Dem Kardinal wird der Vorwurf gemacht, daß er sich Briefe auf privatem Wege hat kommen lassen und daß er wahrscheinlich auf diesem Wege auch Briefe nach Rom befördert hat.

Aus Nr. 72 des Wiarus Polski (Böhm)  
vom 26. März 1916.

Die Zeichnungslisten der 4. deutschen Kriegaanleihe sind am 22. d. Mts. geschlossen worden. Es wurden im Reiche über 10 Milliarden Mark gezeichnet. Die Einzahlungen auf die Anleihe erfolgen ratenweise. Die Wühlereien gegen den Reichskanzler hören nicht auf. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ verspottet ihn, weil seine Verteidiger Sozialisten, Demokraten und — Polen sind. Diesen Spott wird man unseren Feinden vor Augen halten können, wenn sie die Polen einer feindlichen Haltung Deutschland gegenüber anklagen werden. Denn selbst ein Blinder sieht, daß die Wühlereien gegen den verantwortlichen obersten Beamten der deutschen Regierung und der Grund für diese Wühlereien ein leichtsinniges Spiel mit dem Schicksal des Reiches und mit der ganzen Zukunft des deutschen Volkes sind. Wir sind nicht dazu berufen, die Deutschen Patriotismus zu lehren, aber als Geschichtsschreiber der jetzigen Zeit stellen wir hiermit unparteiisch fest, daß politische Vernunft diesmal im sozialdemokratischen Lager und nicht bei den Konservativen und Nationalliberalen ist.

Wer sich nicht auf den politischen Standpunkt der schreienden Kreisblätter gestellt hat, der kann nicht dafür eintreten, selbst den schwächsten neutralen Staat zu reizen, denn die Erfahrung lehrt, daß der Schwache zwar wenig helfen, aber viel Schaden anrichten kann. Und über ungünstige Strömungen, die in einigen neutralen Staaten, namentlich in Holland und in Amerika, gegen Deutschland herrschen, liest man gerade in den Blättern, die am meisten nach einer Verschärfung des Unterseebootkriegs schreien, nach einer Verschärfung, die die Grenzen der Kriegführung, die der oberste Führer im Einvernehmen mit dem Reichskanzler gezogen hat, überschreitet.

Die Verhandlungen im deutschen Reichstag in der Steuerfrage haben bedeutende Unterschiede in den Anschauungen zu Tage gefördert. Vor allem machte sich eine starke Opposition gegen die direkten Steuern bemerkbar. Es wurden Stimmen laut, die eine nochmalige Vermögenssteuer und die Einführung einer Einkommensteuer für das Deutsche Reich forderten. Die von der Regierung vorbereitete Kriegsgewinnsteuer erscheint der Linken zu gering. In der Sache selbst sollten alle diejenigen, die sich an den Lieferungen für das Heer oder infolge der Schließung der Grenzen für die Zufuhr rasch bereichern, tief in ihre Taschen greifen, wenn Leute besteuert werden, die der Krieg um einen großen Teil ihres Vermögens gebracht hat. Eigentlich sollten die Gewinne, die durch den Krieg erzielt worden sind, ganz in die Staatskasse für die Bedürfnisse des Heeres und für die Entschädigung derjenigen, die durch den Ausbruch des Krieges gelitten haben, fließen. Man muß sich wundern, daß in einer Zeit, wo selbst der Verkauf entfetteter Milch „sozialisiert“ worden ist, die Regierung nicht alle Waffen und Munitionsfabriken übernommen hat, um sie auf Rechnung des Staates zu leiten. Dadurch würde man Hunderte von Millionen sparen, die unnötigerweise in den Taschen einer nicht großen Zahl von Personen verschwinden.

Manche Bundesstaaten kommen auf verschiedene steuerliche Ideen. So möchte einer von ihnen alle diejenigen Familien besonders besteuern, die kinderlos sind oder die nicht einen einzigen Angehörigen im Felde stehen haben.

Die Kriegslage hat sich in den letzten Tagen nicht geändert. Wir wissen, daß im Westen die deutschen und im Osten die russischen Truppen vorgerückt sind. An beiden Fronten toben geradezu erbitterte Kämpfe. In Asien stößt der Vormarsch der Russen aus verschiedenen Richtungen auf keinen ernstesten Widerstand. Die Engländer kämpfen mit den Türken in Mesopotamien und Arabien mit wechselndem Glück. Auf der Balkanhalbinsel Scharmützel der französischen und deutschen Truppen an der griechischen Grenze. Es zeigt sich, daß sich die Bulgaren von diesem Geplänkel noch fernhalten.

Griechenland und Rumänien stehen immer noch mit Gewehr bei Fuß. Jrgendein Grieche hat in dem „Berliner Tageblatt“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er beweist, daß Griechenland keine Handel mit dem lateinisch-slawischen Verbands beginnen könne, wenn es sich nicht einer Aushungerung aussetzen wolle und zwar dadurch, daß man ihm die Zufuhr von Lebensmitteln abschneide.

Aus Nr. 71 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 26. März 1916.

Zu der Spaltung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt das Blatt:

Am meisten befriedigt wird über diese Schwächung der sozialdemokratischen Einflüsse selbstverständlich die Rechte sein. Für die Kriegspolitik des Deutschen Reichs ist diese Tatsache natürlich ohne jedwede praktische Bedeutung, obwohl sie wahrscheinlich einen großen und freudigen Eindruck im feindlichen Ausland hervorrufen wird.

### Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 80 der Godzina Polski (Lodz)  
vom 19. März 1916.

#### Aus Tageslicht.

##### I.

Seit einiger Zeit läuft in gewissen Warschauer Kreisen die Nachricht von dem Zusammenschluß einiger



politischen Gruppen um, die eine Erklärung in der polnischen Frage verfaßt haben und die diese Erklärung, die mit 99 Unterschriften versehen ist, als den Ausdruck der Überzeugungen und der Bestrebungen der Polen des russischen Teilgebiets in Europa verbreiten wollen. Der Höhepunkt dieser Erklärung soll die Feststellung sein, daß das „Bestreben des polnischen Volkes die Wiedererlangung eines unabhängigen Staates ist“... weil „sowohl unser Interesse, als auch das Interesse Europas die Schaffung eines polnischen Staatswesens erfordert.“

Wenn in diesem denkwürdigen Augenblick und im 19. Monat des in der Geschichte blutigsten Krieges mit einer solchen Erklärung Backfische hervorgetreten wären, dann hätte man ihnen mit einer gewissen Empfindlichkeit darauf erwidern können: „Ja, liebe junge Damen, unter dieser Losung steht das polnische Volk.“ — Wenn aber mit einer solchen unpolitischen Erklärung anscheinend politische Gruppen hervortreten und diese Erklärung Leute unterschreiben, die, wenn auch durch nichts anderes, so doch durch ihr Alter gereift sind, dann muß man unbedingt den Vorhang zurückziehen und sich die Quellen dieser nationalen Pathologie näher ansehen. Einmal muß endlich die Arbeit dieser Klique, die für ihre versteckten Ziele geschickt die Einfalt der einen und die chronische, mithin also unheilbare, revolutionäre Hysterie der anderen ausnützt, entlarvt werden. Sehen wir uns die sieben Paravane, hinter der sich jene Klique verbirgt, einmal näher an. Genau gesagt, sind diese Paravane der Gruppen und Organisationen nur verschiedene Aufschriften ein und der selben Firma, hinter welcher diese Klique ihr vergiftetes und destruktives Handwerk ausübt.

1. „Die Gruppe der nationalen Arbeit“ (Grupa pracy narodowej). Es ist dies eine Handvoll intelligenter Leute, die sich um den „Kurjer Polski“ gruppiert. Es genügt, einen Jahrgang dieses Blattes aus der Kriegszeit durchzublättern, um sich zu überzeugen, welche hervorragende russenfreundliche Agitation diese Gruppe bei den Interviews mit Milukow, Lednicki und anderen russischen Kadetten betrieben hat. Wenn sie sich zeitweise der nationaldemokratischen Orgie etwas entgegenstellte, so geschah dies nicht wegen deren russischen Orientation, sondern wegen des zu kraßen nationaldemokratischen Servilismus und noch mehr wegen ihres ausgesprochenen Antisemitismus. Und dies konnte auch nicht anders sein. Denn in dieser Gruppe herrscht Herr Ludomir Grendyżynski, eine langjährige Stütze des Petersburger „Kraj“, über dessen Verdienste gegenüber der russischen Dynastie, Regierung und Volksgeamtheit seinerzeit Herr Grasmus Pilz den Petersburger Behörden eine ganze Denkschrift unterbreitete. Heute, wo Petersburg mit Milukow und den Behörden weit entfernt ist, propagiert diese Gruppe die Neutralität.

2. „Die polnische Konföderation“ (Konfederacya Polska). Eine unverföhnlich russenfeindliche und bis vor kurzem noch wegen ihrer sich gegen Rußland richtenden Tätigkeit sehr nützliche Organisation. Seit Ende August ist sie aber durch programmatische Entgleisungen innerlich gespalten. Es rächt sich an ihr die Jugend ihrer Führer, die dem Effekt einer billigen Phraze nachjagen und unfähig sind, sich von den Weisungen der polnischen Staatsraison leiten zu lassen. Indem sich diese Gruppe unter den Einfluß ergrauter Revolutionäre der P. P. S. stellte vergaß sie, daß sie durch ihre Losungen unwillkürlich zugunsten Petersburgs arbeitet.

Bald gibt sie also Aufrufe heraus, sei es in der Rechtsanwaltsfrage, sei es zur Warnung vor der „betrunkenen Soldateska“, bald ist sie wieder bereit, einen Streik unter der Jugend zu entfachen, lediglich deshalb, um die Bewegung nicht einschlafen zu lassen.

Und daß dort irgendwo ein blutiger Kampf tobt, kümmert sie weniger. Sicherer und erfolgreicher ist es, auf dem Warschauer Pflaster den Ruhm der Helden zu genießen, die Polen nach drei Richtungen hin verteidigen. Ja! nicht mehr und nicht weniger als nach drei Richtungen hin.

3. „Die Liga des polnischen Staatswesens“ (Liga Państwowości Polskiej). Ein Gebilde, das in Lodz und Kalisch während der Kriegszeit entstanden ist. Seine Physiognomie ist unbestimmt, obwohl die Väter und Leiter dieser Organisation Personen sind, die unter dem Kommando der unterirdischen Warschauer Klique stehen.

4. Die „P. P. S.“ Eine in der Vergangenheit zu bekannte Firma, um sich heute näher mit ihr zu beschäftigen. Nach der Revolution im Jahre 1905 u. 1906 gänzlich vernichtet, trug sie mit dem Rest der sich geretteten Kräfte auf galizischem Boden energisch dazu bei, um die Anfänge einer polnischen bewaffneten Macht zu schaffen. Jeder, der aus ihr in die Legionen eingetreten ist, hat sich des Charakters eines engherzigen Parteimitglieds entäußert und kämpft und stirbt heldenhaft, indem er die Russen vom polnischen Boden verdrängt. Aber nicht alle lockte das stille Grab in den Sümpfen von Polesie. Den Agitatoren von Beruf, die ihr Leben hoch einschätzen, drängte der blutige Krieg nur die Erinnerungen aus dem Jahre 1905 mit den Losungen der „Diktatur des Proletariats“ auf. Mit Leichtigkeit machten sie daher die Evolution von den Anfängen der realen bewaffneten Kraft bis zur revolutionären Phantasmagorie durch, dieses Nebelbildes, das alle weit und breit kolportierten Beschlüsse des im Januar d. Js. in Petrikau abgehaltenen Parteitages der P. P. S. erstreben. Zu groß war die Versuchung, als daß ihr die unheilbaren Hysteriker der Revolution nicht unterliegen sollten. Vor sich die durch Elend erbitterten Volksmassen zu haben und unter sie nicht aufreizende Losungen zu werfen, um daraus für sich ein organisatorisch-parteiliches Piedestal zu bilden, das ging doch über die Kräfte der Berufsrevolutionäre. Zwar befindet sich das „blutige Zarat“ hinter Schluchten und Wäldern, und die Fabrikanten erreichen die revolutionären Losungen nicht, weil die von den sich zurückziehenden russischen Truppen vernichteten Fabriken stillstehen, aber dafür sind ja die Deutschen da, und gegen sie kann man die Volksmassen wenden. Daß Polen dies bezahlen und das von ihnen auf richtig gehasste Zarat daraus Vorteile ziehen wird — geht diese Leute nichts an. Ihre Blindheit wird obendrein durch die bewußten Agenten der unterirdischen Klique vergrößert, die sich die großen Einflüsse der heutigen Trümmer der P. P. S. zunutze machen und geschickt den Asiatismus Rußlands mit dem Europäertum Frankreichs und Englands verdecken.

5. „Polnische Volkspartei“ (Polskie Stronnictwo Ludowe). Das jüngste einige Monate alte, uneheliche Kind der Konföderation und der P. P. S. Seit Geburt krank, obwohl von den Eltern mit großem Pomp getauft und von den verborgenen Beschützern der Klique gesegnet.

6. „Die polnische fortschrittliche Vereinigung“ (Polskie Zjednoczenie Postępowe). Sie ist gut bekannt dadurch, daß sie die Erklärung vom 16. August 1914 unterschrieben hat, in welcher sie dem Großfürsten Nikolaus den Eid der Treue schwur und „den entschiedenen und unbeugsamen Willen“ zum Kampfe gegen die Deutschen für die Vereinigung der polnischen Lande unter dem Zeppter der Romanows mit dem selben Eifer proklamierte, mit dem heute diese Herren entschlossen sind, „die Wiedererlangung der staatlichen Selbständigkeit anzustreben.“ Sie steht während eines ganzen Kriegsjahres unter dem Kommando der russischen Lednicki's, während der



aus der Vereinigung hervorgegangene Stab, der ad usum der unterirdischen Arbeit den Namen „Radikale Intelligenz“ angenommen und die Maske der freiheitlichen Bestrebungen angelegt hat, politisch von Paris und London inspiriert wird, ohne die alten freundschaftlichen Beziehungen mit diesen Lednickis und anderen Kadetten aufzugeben.

7. „Der Bund der Patrioten“ (Związek Patryotów). Über diese Eintagsfliege, die während des Krieges entstanden ist, verlohnt es sich gar nicht zu reden. Alle angesehenen Leute, die dieser Gruppe den Rücken gefehrt haben, behaupten, daß alle ihre Mitglieder auf einem Sofa Platz nehmen könnten. Deshalb konnte auch diese Gruppe ihre Existenz durch nichts anderes beweisen, als durch die Niederlegung eines Kranzes auf dem Grabe der 5 Gefallenen und durch die Veranstaltung eines Gottesdienstes für die gefallenen Legionäre. Durch nichts anderes, wenn man zu den Taten dieser Gruppe nicht ihre Unterschrift unter die hier in Frage kommende Erklärung rechnen will.

Aus Nr. 81 der Godzina Polski (Łódź)  
vom 20. März 1916.

### Aus Tageslicht.

#### II.

So sehen die Firmenschilder der äußerlich verschiedenen Gruppen aus, die von einer versteckten Hand planmäßig geleitet werden und die nur das eine Ziel haben, zu verhindern, daß sich zwischen Polen und den Mittelmächten ein modus vivendi bildet. Diese Hand ist die Freimaurerklique, die eine zwar nicht zahlreiche, aber geschlossene und tatkräftige Gruppe bildet. Durch ihre Mitglieder dringt sie überall ein, nicht nur zu dem Zweck, um alles zu erfahren, sondern um alles, was für sie günstig ist, zu leiten und, was für sie ungünstig ist, zu lähmen und zu zerstören. Ein anderes Mal werden wir die Rolle, die das Freimaurertum in diesem Kriege spielt, erklären und unsere Leser mit dem Warschauer Freimaurertum näher bekannt machen. Heute wollen wir nur feststellen, daß, falls das Freimaurertum den Krieg nicht hervorgerufen hat, es auf Seiten der Koalition diesen Krieg leitet und zwar durch die freimaurerische Regierung Frankreichs und durch die einflußreichsten Faktoren Englands und Rußlands. Den Sieg der Koalition anstrebbend, veranlaßte das Freimaurertum das Hervortreten Italiens entgegen dem Willen der Krone und der Volksmassen, sowohl der katholischen als auch der sozialistischen. Mit seinen Händen hält auch das Freimaurertum den Ausbruch von Unruhen in Finnland gegen Rußland zurück.

Da wir kein eigenes Staatswesen besitzen, war bei uns das Freimaurertum unpolitisch und führte seit Jahrzehnten einen Kampf gegen die katholische Kirche. Erst im Jahre 1915 machte es, indem es sich mit dem Freimaurertum der russischen Kadetten vereinigte, Anstrengungen, Polen auf den Boden der russischen Staatswesens hinüberzuziehen und es vor den Wagen des Petersburger freimaurerischen Liberalismus zu spannen. Durch die in dieser Zeit allmächtige Nationalliga verdrängt und jedem politischen Einfluß in der Volksgemeinschaft entzogen, kehrt das Warschauer Freimaurertum auf einige Jahre zu seiner früheren Rolle als Kämpfer gegen die Kirche, jetzt aber schon unter dem Volke, wieder zurück.

Mit Kriegsausbruch befand sich das Warschauer Freimaurertum in einer sehr schwierigen Lage. Es ist abhängig von dem großen Osten und von Frankreich — dem Verbündeten Rußlands — und muß mithin nach der Pfeife der Koalition tanzen. Auf der anderen Seite können die Anhänger des hiesigen Freimaurertums ihren persönlichen Einfluß unter den radikalen polni-

schen Organisationen, die ohne Ausnahme eine russenfeindliche, mithin also eine koalitionsfeindliche Haltung eingenommen haben, nicht verlieren. Aber es gibt noch eine freimaurerische Fingigkeit und erprobte Fähigkeit in der Verteilung der Rollen. Die „Fortschrittliche Vereinigung“ wird also zusammen mit der „Polnischen fortschrittlichen Partei“ dazu bestimmt, die Erklärung vom 16. August 1914 zu unterschreiben, die den unerschütterlichen Glauben zum Ausdruck bringt, daß der Aufruf des Großfürsten die Träume unserer Väter und Großväter erfüllen und daß das im gemeinsamen Kampfe gegen die Deutschen vergossene Blut der Söhne Polens zugleich ein Opfer auf dem Altar der Auferstehung des Vaterlandes sein wird. Das ist die eine Rolle. Die andere Rolle dagegen spielt die aus dem Freimaurertum hervorgegangene „Radikale Intelligenz“, die der Vereinigung der „Unabhängigkeits-Organisationen“ beitrifft und dort eine russenfeindliche Haltung vortäuscht. In ein und demselben Gewande huldigt das Freimaurertum somit dem Großfürsten, proklamiert die Vereinigung aller drei Anteile unter dem russischen Zepher und verurteilt die Entstehung des Obersten Nationalkomitees in Galizien und die der polnischen Legionen.

Das für die Koalition. In einem anderen Gewande erscheint das Freimaurertum in den Reihen, die den Kampf mit Rußland im Namen der Unabhängigkeit verkünden und in einem besonderen Aufruf „begrüßt es, indem es sich auf den Boden des aktiven Kampfes gegen Rußland stellt, heißt die Schaffung des Obersten Nationalkomitees und seine Ankündigung zur Bildung von Legionen“. Diese Haltung nimmt das Freimaurertum deshalb ein, um seine Einflüsse unter der polnischen Irredenta nicht zu verlieren, indem es dabei auch auf diesem koalitionsfeindlichen Standpunkt erfolgreich für die Koalition durch ein planmäßiges Zerschlagen des Unabhängigkeitslagers zu arbeiten versteht. Nach zweimonatigem leeren Gerede über die Schaffung einer gemeinsamen Plattform, nachdem die Plattform schon bis auf den letzten Abschnitt einmütig beschlossen worden war und es nur noch eine tatkräftige Organisation zu schaffen galt, zerschlägt das Freimaurertum die Vereinigung der Unabhängigkeits-Organisationen.

In der Erinnerung sind uns noch die endlosen oder Monate lang sich hinziehenden Debatten in Sachen der Schaffung eines Nationalrats noch vor dem Rückzug der Russen aus Warschau. Und immer, wenn schon in allem ein Einvernehmen erzielt worden war, gerade in einem solchen Augenblick zerschlug das Freimaurertum diese in ihrem aufrichtigen Verlangen gutmütigen Bestrebungen zur Einheit. Ist es doch ein offenes Geheimnis, wie drei Tage vor dem 5. August das Freimaurertum (unter verschiedenen Namen) um solche Ausdrücke in dem Aufruf wie „das schreckliche russische Regime naht seinem Ende“ feilschte und es schließlich durchsetzte, daß dieser koalitionsfeindliche Ausdruck aus dem Entwurf gestrichen wurde.

So tat im ersten Kriegsjahr das von Paris abhängige hiesige Freimaurertum alles, um es zu einer Konsolidierung der russenfeindlichen Irredenta nicht kommen zu lassen; es wendet überdies die Aufmerksamkeit der breiten Massen vom Kriege ab und lenkt sie auf laufende Fragen, wie z. B. auf die Organisation der Wahl zur russischen städtischen Selbstverwaltung. Sich selbst und die Massen an den Zustand der russischen Sklaverei anpassend, vergißt das Freimaurertum nicht, seine Leute in einflußreichen Stellungen, sei es in der Bürgermiliz, sei es im Bürgerkomitee mit all seinen Anhängseln und Sektionen unterzubringen. Das erste halbe Jahr nach dem Rückzug der Russen verwandte das Freimaurertum dazu, um alle Bestrebungen, die auf die Schaffung eines großen Polenlagers, ferner auf die endgültige



Befreiung der bisher von Rußland unterjochten polnischen Länder und auf die Errichtung eines an die Mittelmächte angelehnten polnischen Staates gerichtet waren, zu hintertreiben. Bei allen eine Verständigung betreffenden Kombinationen nahm das Freimaurertum diese Haltung ein, um es zu einer klaren Aussprache, daß die endgültige Niederlage Rußlands eine unumgängliche Bedingung zur Schaffung eines polnischen Staates sei, nicht kommen zu lassen. Es ist begreiflich, warum es dies nicht aussprechen konnte. Denn eine Niederlage Rußlands ist gleichzeitig eine Niederlage der Koalition. Und gerade das hiesige Freimaurertum ist eine Expositur der Koalition, macht mithin alle Hoffnungen in den einfältigen Köpfen von dem Sieg der Koalition abhängig, wobei in seiner Vorstellung England und Frankreich die Rolle einer Oblate spielen, die dem Polen das Verschlucken des verbündeten Rußlands erleichtern. In diesen feinen Bestrebungen für die Koalition nützte das Freimaurertum die politische Naivität der einen und die Erbitterung und die Neigung zu hysterischen Reflexbewegungen der anderen geschickt aus, bis es schließlich in den Kreis seiner Einflüsse den Grundsatz der sogenannten „reinen Unabhängigkeit“ verpflanzte, der nach seiner Auslegung sich dem „unreinen“ — weil auf den Sieg der Mittelmächte gestützten — Grundsatz gegenüberstellt. Von diesem Unsinn ist nur noch ein Schritt nicht nur zur Neutralität, sondern sogar zum „Kampf nach drei Fronten hin.“ Möge es Unsinn, möge es sogar Selbstmord sein, bloß kein ausdrückliches Sicherklären des Volkes gegen die Koalition. Darauf kommt es an!

Und aus diesem Grunde erdachte man das Projekt der Erklärung in dem sehr gut gewählten Augenblick, wo aus Lausanne neue Schwindelnachrichten über die angeblichen Erfolge Dmowskis in Paris und London eingingen und die Agenten der Koalition uns ins Ohr flüstern: Nur ruhig sitzen, England wacht und wird euch das unabhängige Polen auf der Schüsself präsentieren. Wir geben zu, daß diese Erklärung ein Meisterstück des Freimaurertums ist, ein Meisterstück, um die Einfältigen für die marktschreierischen Losungen, die ohne realen politischen Wert sind, zu gewinnen und um daraus lediglich für die Verfasser der Erklärung Kapital zu schlagen.

Aus Nr. 82 der Godzina Polski (Lodz)  
vom 21. März 1916.

Aus Tageslicht.

### III.

Jenen gutmütigen, einfältigen und hinterlistig für die Unterschrift der Erklärung gewonnenen Leuten müssen wir folgendes erklären. Am 1. August 1914 öffneten sich vor dem polnischen Volk zwei Wege. Der eine nach unserem Dafürhalten verbrecherische, durch die hundertjährigen gegen Rußland gerichteten blutigen Anstrengungen unserer Großväter und Väter für uns für immer durchstrichene Weg — das ist der Weg mit Rußland möglichst weit nach dem Westen. Der andere Weg — das ist der Weg mit den Mittelmächten möglichst weit nach dem Osten bis zur endgültigen Niederringung des größten Feindes Polens. Einen dritten Weg gab es nicht.

Den ersten Weg wählten die Anhänger des Dmowski, die, sei es öffentlich oder auch im geheimen, durch das Freimaurertum der Koalition unterstützt wurden. Auf diesem Weg bewegte sich eine Handvoll kritischer Personen, die geblendet waren durch die schwülstigen Ankündigungen einer Vereinigung der polnischen Lande und die vor allem erschreckt waren vor dem Gespenst des mächtigen Rußland, dessen triumphierende Horden sich auf Ostpreußen warfen,

mit ihrem anderen Flügel Lemberg besetzten und sogar Krakau bedrohten.

Den zweiten Weg wählte die polnische Irredenta. Heute, wo die Anhänger Dmowskis nach Petersburg geflohen sind und Rußland, aus den polnischen Landesteilen verdrängt, sich vor den siegreichen Waffen der Mittelmächte auf der Linie Dwina—Pripiet—Styr verteidigt, wäre es doch lächerlich, von einer Vereinigung der polnischen Lande unter russischem Zepher zu sprechen, wo diese Lande schon unter dem Zepher der Mittelmächte vereinigt sind.

Deshalb erklären auch die Bestrebungen zur Unabhängigkeit — Dmowski in Lausanne und das Freimaurertum hier, übereinstimmend hinsichtlich der Losung und nur mit dem Unterschiede bezüglich des Inhalts, daß Dmowski ausdrücklich von der Unabhängigkeit unter dem Zepher der Romanows spricht, während das Freimaurertum hier an Ort und Stelle, indem es mit unserer Abscheu gegen alles was russisch ist, rechnet, uns von Frankreich und England als den Giranten für die „reine Unabhängigkeit“ ins Ohr flüstert. In dieser Gaulelei ist am meisten das empörend, daß man für die freimaurerischen Zwecke der Koalition den Anschein erweckt, als ob 99 Unterschriften notwendig gewesen wären, um eine unbestreitbare Tatsache wie die, daß „das polnische Volk unter der Losung der Schaffung eines polnischen Staates steht“, festzustellen.

Wie bei Kriegsausbruch, so handelt es sich auch heute nicht darum, daß das polnische Volk die Schaffung des polnischen Staates anstrebt, sondern darum, auf welchem Wege es diesen Staat erreichen will. Das heißt, ob das polnische Volk willens ist, mit den Mittelmächten bis zu ihrem endgültigen Siege über die Koalition auf Tod und Leben mitzugehen, oder ob es sich umgekehrt mit der Koalition zur Niederringung der Mittelmächte vereinigen will.

Heute nach den Erklärungen des Jaronski und nach dem Aufruf des sogenannten Obersten Nationalkomitees ist das Gerede von der Unabhängigkeit ohne genaue Angabe, mit wem oder gegen wen das Volk gehen will, ein leerer Schall.

Die ganze Welt wußte, daß Bulgarien Mazedonien erobern will; die Hauptsache aber war, gegen wen es das Schwert ziehen und auf welche Wagschale es nicht die leere Phrase von dem entscheidenden und unbefugamen Willen, sondern seine Opfer an Gut und Blut legen wird.

Niemand zweifelte an die russenfeindlichen Gefühle Warschans; jeder glaubte, daß diese unsere Märtyrerhauptstadt der nationale Instinkt vor einer solchen Pest bewahren wird. Aber etwas anderes ist die Reflexbewegung des gesunden Instinkts und Gefühls und etwas anderes die politische Formel.

Die polnische Formel, in die die Erklärung gekleidet werden sollte, hat den Zweck, das kritiklose Gesindel zu blenden und die Koalition zu betrügen. Deshalb ist auch diese Erklärung so konstruiert, daß sie mit ihrer Spitze nicht gegen Rußland gerichtet ist und mit einem Auge auf „Europa“, d. h. zur Koalition schießt. Besagt sie doch nicht klar und ausdrücklich, daß die siegreichen Waffen der Mittelmächte den russischen Eroberer aus dem polnischen Lande verdrängt haben, sondern sie erinnert nur delikate, daß diesen Teil Polens die kriegerischen Ereignisse von der russischen Herrschaft befreit haben.

Und zum Schluß noch das Argument, daß das „Interesse Europas“ die Schaffung eines polnischen Staates erfordert. Welchen Europas? Heute, wo der Antagonismus der europäischen Staaten sich in einem Meer von Blut ergießt, und die Feuerscheine des europäischen Brandes sich in ihm spiegeln, das Jdyl der Brüderlichkeit der Nationen mithin in sehr weiter Ferne liegt, von dem Interesse Europas reden, heißt sich davor drücken, die Dinge beim



richtigen Namen zu nennen, da doch von einer ausdrücklichen Stellungnahme das Los Polens abhängt.

Sie alle drücken wir an die Wand mit der Frage, auf welchem Wege sie das Ziel, von dem in dem Entwurf der Erklärung die Rede ist, erreichen wollen: ob durch die Mitwirkung mit den Mittelmächten und ihren Sieg über die Koalition, oder umgekehrt durch den Sieg der Koalition über die Mittelmächte?

Es ist jedem erlaubt, ein politisches Programm zu besitzen, je nachdem wie es ihm gefällt, aber es ist Pflicht eines jeden, dieses Programm klar und deutlich aufzustellen.

Aus Nr. 134 des Goniec (Warschau)  
vom 14. März 1916.

### **Nachahmung oder schöpferische Kraft.**

Die Zeit des lange dauernden Daseins in dem Zustand der Annexion hat in uns eine Reihe politischer übler Angewohnheiten hervorgerufen und uns zu gewissen Methoden der nationalen Verteidigung geführt.

In den ersten Jahrzehnten nach den Teilungen war die Hauptmotorikraft unserer Politik das Streben nach der Wiederherstellung des polnischen Staats. Der Ausgleich mit Napoleon I., mit Alexander I., die von Dabrowski dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. gemachten Vorschläge waren Ausgleichsversuche, welche unseren staatlichen Wiederaufbau zum Zweck hatten.

Etwas ganz anderes sehen wir in den letzten fünf Jahrzehnten. Wir haben mit wenigen Ausnahmen Ausgleichsversuche, die unsererseits zur Verbesserung unserer Lage in diesem oder jenem Teilgebiet unternommen wurden. Während unsere bewaffneten Kämpfe von 1831, 1863 Kämpfe um die Unabhängigkeit waren, sind die Kämpfe im Frieden um die polnische Sprache bei den Behörden, in den Gemeinden, in den Schulen, um die Entfernung der russischen Sprache aus dieser oder jener Kategorie von Schulen, aus dieser oder jener Stellung in den Schulen Anstrengungen, Brocken nationaler Rechte zu erlangen oder diese zu verteidigen. Sogar die revolutionären Wirren aus den Jahren 1905 und 1906 besitzen in sich das Element von Anstrengungen, unseren Besitzstand im russischen Teilgebiet zu verbessern.

Der kleinliche, beschwerliche Kampf um den Besitzstand in den verschiedenen Teilgebieten bildete den Inhalt der polnischen Politik. Im Namen welcher Sache wurde dies getan? Die Knechtschaft zu überdauern, eine politische Existenz in Form eines eigenen Staats zu erlangen — war die Existenzberechtigung dieser Politik. Ein entferntes Ziel, es trat in dem Nebel der einen europäischen Krieg am Horizont entwerfenden Zukunft zutage, am Horizont, der durch das heiße Verlangen unserer Väter so nahe, uns aber, die wir von unseren Vorfahren das Gefühl getäuschter Hoffnungen in weit höherem Grade als das Gefühl wirklicher Hoffnungen ererbt haben, so entfernt schien.

Es kam der große Krieg in unseren Landen. Warschau und Wilna wurden von der Herrschaft der Moskowiter befreit. Auf dem Hauptteil unseres Landes lastet nicht mehr die Annexionsherrschaft, es befindet sich in neuen, vorübergehenden Verhältnissen, die verschiedene Möglichkeiten aufkommen lassen, es befindet sich unter einseitiger Okkupation. Es eröffnet sich ein Feld für die politische schöpferische Kraft. Indes sehen wir anstatt ihrer die Nachahmung der alten üblichen Formen des Kampfes um Brocken, eines Kampfes, der gegenwärtig unserer politischen schöpferischen Kraft nicht hilft, aber schadet, der eine staatlich-schöpferische Aktion in breiterem Maßstabe unmöglich macht.

Je siegreicher die verbündeten Heere gen Osten vordringen, ein je größerer Teil des russischen Teilgebiets von den mitteleuropäischen Mächten vorläufig besetzt wird, desto mehr drängt sich die Frage auf, einen Staat ins Leben zu rufen aus den Territorien, wo mit der sozialen und wirtschaftlichen Kraft der polnischen Nation kein anderes ethisches Element dieser Territorien in Wettbewerb treten kann.

Jegliche Gärung in unserem Lande, jegliche Stärkung einer Reibung zwischen der Bevölkerung des Landes und den Okkupationsbehörden wäre für unsere Sache schädlich, denn dies würde sie zwingen, im Lande einen bestimmten Teil der Kräfte der verbündeten Heere zurückzuhalten, deren Tätigkeit an der Front wichtig ist für einen günstigen Verlauf des Krieges, in welchem die Zerschmetterung Rußlands in weit höherem Grade in unserem Interesse liegt, als im Interesse der Mittelmächte. Diesen sichert eine Zerschmetterung Rußlands Sicherheit für einen längeren Zeitabschnitt, uns schafft sie Bedingungen der Entwicklung.

Die Schaffung eines polnischen Staats kann durch ein deutsch-polnisches Bündnis bedingt werden. Objektive Bedingungen: die Gemeinsamkeit des Feindes — Rußland, eine geographische Gestaltung Preußens und des Königreichs Polen bestehen. Subjektive Bedingungen, d. i. eine entsprechende Gestaltung des Bewußtseins beider Nationen, fehlen. Der gegenwärtige Zeitpunkt sollte dieses Bewußtsein erzeugen. Eins seiner Elemente ist unser Gefühl, daß der russische Krebs durch die verbündeten Heere, besonders durch das deutsche Heer von uns genommen ist. Die Sorge um die Zukunft, die vielen sehr unsicher erscheint, sowie verschiedene Reibungen, die dem ungenügenden gegenseitigen Vertrauen entspringen, — sind Faktoren, die sie schwächen.

Subjektive Bedingungen kann nur ein polnisch-deutsches Zusammenarbeiten schon in der Kriegszeit schaffen. Die wichtigste Forderung unserer Politik für heute ist unser Zusammenarbeiten mit den verbündeten Staaten im gegenwärtigen Kriege. Unsere zweite Forderung ist unsere Mitwirkung an der Verwaltung des Landes während der Okkupation. Das Minimum dieser Mitwirkung und zugleich der die verschiedenen Vorurteile überwindende Anfang ist, daß geeignete Leute mit russenfeindlicher Orientierung, mit staatlich-schöpferischen Tendenzen Posten in den Schulräten sowohl des Landes als auch Warschaus, die unter der Leitung von Beamten der Okkupation entstehen werden, sowie in den Kreistagen bei den Landräten einnehmen.

Die Abneigung gegen den Grundsatz der Ernennung, nicht der Wahl, ist unangemessen, da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwierig ist, Wahlen durchzuführen. Es fehlt uns eine aus russenfeindlichen staats-schöpferischen Elementen zusammengesetzte bürgerliche Körperschaft, die für diese Posten geeignete Kandidaten vorschlagen könnte. Die Stärke der Einflüsse jedes Mitgliedes im Kollegium ist nicht in dem Grade von einem Gesetz, als von der Individualität abhängig, weshalb man sich durch die zu kleine Kompetenz der Ernannten nicht abschrecken lassen darf.

Heut steht die Ernennung von Inspektoren zur Kontrolle des polnischen Schulwesens auf der Tagesordnung. Diesen Posten wollen die Okkupationsbehörden den Polen überlassen. Dies ist eine Gewähr dafür, daß sie auf dem Gebiete des Schulwesens keine Germanisierungsgelüste haben. Das von der Bühne abtretende Bürgerkomitee fordert daneben andere Garantien, zu deren Erlangung es freiwillig die schon erteilte Garantie zunichte macht.

Die Politik Preußens gegenüber dem Posenschen hat den spulenden Schatten hervorgerufen, welcher Besorgnisse der Germanisierung verbreitet. Es wird die polnische Universität geschaffen: „Vorsicht!“ — rufen



die durch diesen Schatten Erschrecken — „die Universalität wird germanisiert werden.“ Man will in die Friedens- und Gemeindegerechte Polen berufen: „Polen, werdet nicht Richter, denn es wird eine Germanisierung durch die Gerichte erfolgen.“ Aber ihre Verhandlungen finden in polnischer Sprache statt, aber ihre Boykottierung durch die polnischen Juristen wird die Okkupationsbehörden zwingen, deutsche Richter heranzuziehen, die notgedrungen in deutscher Sprache aburteilen werden. „Polnische Schulinspektoren — Achtung! Die Germanisierung droht!“

Zum Bau des polnischen Staats mußten wir uns durch ein zu allen öffentlichen Funktionen fähiges Material ausweisen; wir sollten eine Reihe von Leuten in den Verwaltungsarbeiten der Kreisämter schulen.

Ein Sichfernhalten der Polen von den öffentlichen Funktionen wird dazu zwingen, sie durch ein dem Lande fremdes Element zu besetzen, was auf die polnisch-deutschen Beziehungen ungünstig einwirkt und die Ansichten auf unsere staatliche Wiederherstellung verringert.

Nicht die Nachahmung veralteter Fesseln, sondern schöpferische Kraft sollten wir heut zutage fördern.

Wl. Studnicki.

Aus Nr. 121 der Ziemia Lubelska (Lublin)  
vom 12. März 1916.

### Myśl żydowska. — Der jüdische Gedanke.

Der Ausgangspunkt in der jüdischen Frage, den unser Blatt zusammen mit der ungeheuren Mehrheit des polnischen Volks einnimmt, ist die feste Überzeugung, daß die nationale Einheitlichkeit unseres Landes die unumgänglich notwendige, grundlegende Bedingung einer günstigen Entwicklung des Landes im Sinne der Ideale und Bestrebungen des polnischen Volkes ist. Jeder Faktor, welcher unsere Einheitlichkeit zersplittert, ist, weil er unsere Kräfte schwächt und das Leben im Lande in ungünstiger Weise für uns kompliziert, für uns ein Feind, denn er schadet unseren wesentlichsten Interessen. Polen für die Polen — das ist unsere Lösung. Ein unabhängiges, selbständiges und von uns mit niemanden geteiltes Regieren und Wirtschaften in Polen — das ist das Ziel unserer Bestrebungen.

Unser Jahrhundert ist das Jahrhundert der Entwicklung des nationalen Lebens. Selbst die kleinsten Nationen und Völker, die sich ihrer nationalen Sonderstellung bewußt geworden sind, streben danach, sie zu befestigen und zu stärken. Die jüdische Nation, deren beträchtlichen Teil der für uns unglückliche Lauf der Geschichte in der Geschichte in unser Land verschlagen hat, die innerlich national stets geschlossen ist und sich unter den ihr fremden Völkern absondert, hat in den letzten Zeiten ebenfalls begonnen, aus dieser ihrer Sonderstellung die politischen Konsequenzen bewußt, ausdrücklich und immer nachdrücklicher zu ziehen.

Polen ist sich nun der ganzen Größe der Gefahr bewußt geworden, mit der es von der jüdischen Frage bedroht wird. Wir haben gesehen, daß in unserem äußere Bedrückung leidenden Lande eine riesige mehrere Millionen zählende Masse uns fremder Menschen lebt, welche sich allmählich ihrer nationalen Sonderstellung bewußt werden und, zu der die Polen bedrückenden Nationalität hinneigend, bewußte Feinde des Polentums werden. Wir haben gesehen, daß nicht nur durch die Tatsache allein, daß uns Polen in unserem Lande der Platz genommen wird, sondern auch durch die Richtung, welche die politisch-sozialen Bestrebungen der jüdischen Massen anzunehmen beginnen, — diese Massen einer der gefährlichsten und furchtbarsten Feinde der polnischen Sache sind.

Die einzelnen Teile des polnischen Volks nahmen bis jetzt zur jüdischen Frage verschiedene Standpunkte

ein. Es gab unter uns in geistiger Beziehung dem polnischen Lande so fremde Menschen, daß sie fremden Eindringlingen das gleiche Recht auf dieses Land einräumten; es gab solche, welche aus Feigheit oder im eigenen Interesse mit den Juden gegen unsere Nation zusammengingen, es gab endlich Menschen, welche an die Möglichkeit dachten, die Lösung der sogenannten Assimilation zu verwirklichen.

Die polnische Nation, deren Toleranz in Europa ihresgleichen nicht hatte, zog in verschiedenen Zeiten Einwanderer, die sich in den polnischen Landen ansiedelten, an sich heran und assimilierte sie; so haben wir in beträchtlicher Zahl Tataren, Armenier, Deutsche trotz der nationalen, rassigen und religiösen Absonderung assimiliert. Auf dieser Basis entwickelten sich die Lösungen der Assimilation in dem Verhältnis zu den Juden. Das Leben jedoch, dessen Brüststein ein Fingerzeig für das zeitgenössische Geschlecht sein sollte, notiert in der Vergangenheit den Übergang der Juden im Posenschen auf die Seite der Deutschen und ihre hervorragende Beteiligung an den hasaratistischen Organisationen und die Mitbeteiligung der litauischen Juden an den russifizierenden Unternehmungen der russischen Regierung. Die gegenwärtige Organisation der Juden im Gebiete des Königreichs Polen unter der Lösung einer besonderen jüdischen Volksgesamtheit ist eine völlige Unterstreichung der Ideologie derjenigen Polen, welche eine Assimilation der Juden für möglich und für real hielten.

Diejenigen Kreise des polnischen Volkes, welche im Lubliner Lande die „Ziemia Lubelska“ vertritt, das ist die Leute, deren höchster Brüststein des Handels im politischen Leben das Wohl Polens ist, haben in der jüdischen Frage vielleicht den schwierigsten, aber zugleich ehrlichsten und einfachsten Weg gewählt, welcher die größte Gewähr einer für die Interessen unseres Volks günstigen Lösung dieser Frage ist. Die polnische Volksgesamtheit, die sich durch die Assimilation nicht täuschen läßt, trachtet danach, die Befestigung einer anderen besonderen Volksgesamtheit in der polnischen Volksgesamtheit unmöglich zu machen, und darum muß sie danach streben, das fremde Element aus ihrer Mitte zu verdrängen. Diese Aktion hatte vor dem Kriege sehr breite Ausdehnungen angenommen und begann, schon konkrete, für uns günstige Ergebnisse zu zeitigen. Gegenwärtig ist diese Aktion infolge der anormalen Lebensverhältnisse im Kriege schwächer geworden. (Folgen 5 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Auf diesem Standpunkt in der jüdischen Frage stehend, haben wir zur Begrüßung der „Myśl żydowska“, des neuen Lubliner Blattes, nichts mehr zu sagen, als daß wir es für einen neuen Vorposten zur Verteidigung der Interessen der jüdischen Nation halten und es als solchen behandeln werden.

Ein umso größeres Recht haben wir dazu, als die „Myśl żydowska“, wiewohl sie in polnischer Sprache redigiert wird, keineswegs auf dem Standpunkt der Interessen der polnischen Nation steht. Wenn die Schrifteleitung der „Myśl żydowska“ von sich sagt: „Wir Juden“, so erklärt sie hiermit, daß ihre Aufgabe „die Verteidigung der bürgerlichen Rechte der jüdischen Bevölkerung, die Erkämpfung dieser Rechte für den Fall, daß sie ihnen nicht eingeräumt würden“, ist.

Die Sachlage ist klar. Wir sehen, wer vor uns steht, wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. In Lublin entsteht in der Gestalt der „Myśl żydowska“ ein neuer Vorposten zur Förderung der jüdischen Interessen.

In dem Tone und Inhalt der ersten Nummer der „Myśl żydowska“ fallen einige Punkte auf, welche



charakteristische Beiträge zu dem gegenwärtigen Stand der jüdischen Frage sind.

Die Juden, welche sich der polnischen Sprache bedienen, behaupteten bis jetzt mit aller Entschiedenheit, daß sie „Polen mosaischen Bekenntnisses“ und Anhänger der sogenannten Assimilation der Juden seien. Heute behandeln die Juden, welche sich in Lublin um die „*Myśl żydowska*“ scharen, diese Angelegenheit schon ganz anders. — „Wir gehen“, schreibt die „*Myśl żydowska*“, „auf eine Untersuchung der Frage nicht ein, ob die Ideale der Assimilation, die darin bestehen, unter der polnischen Nation ihre jüdischen Mitbürger als einen besonderen Teil der Bevölkerung aufgehen zu lassen, Aussichten haben, sich in die Wirklichkeit zu verwandeln oder aber eine Utopie sind.“

Offenbar vollzieht sich unter den sogenannten jüdischen Assimilatoren eine Revision der Lösung der Assimilation. Gut wäre es, wenn sich auch die polnischen Überreste unter den Anhängern dieser verflungenen und gleißnerischen Theorie endlich dazu aufschwingen würden, sie kritischer und realer zu behandeln.

Noch ein Punkt. Wir erinnern uns alle sehr gut des Warschauer „*Przegład Codzienny*“. Wir erinnern uns seines absolut feindlichen Standpunkts gegenüber den Interessen unserer Nation. (Folgen drei von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen.) Die Schmähungen, welche die Juden unter der Adresse der Nation und ihrer heiligen Schätze in den Spalten ihres Blattes schleuderten, werden wir niemals vergessen.

Die „*Myśl żydowska*“ aber hat, indem sie von dem — einen solchen Standpunkt gegen die Polen einnehmenden — Blatte schreibt, für die Umschreibung seiner Tätigkeit nur folgende widerlich-zärtliche Worte:

„Der „*Przegład*“ schien zu Lebzeiten des Publizisten von ungewöhnlichem Maße Mendelsohn auf einem richtig gewählten Wege zu schreiten. Aber diese Organe („*Przegład*“ und „*Opinia żydowska*“) ließen sich, indem sie die jüdischen Interessen aufrichtig verteidigten, von Parteilichkeit und Chauvinismus hinreißen und mußten einschlafen, denn an ihnen bewahrheitete sich das Sprichwort, daß das Selbstlob im Schatten stand“ . . .

Die Lubliner Volksgesamtheit wird sich leicht einen Begriff machen von dem wahren Charakter der „*Myśl żydowska*“ zum Polentum, welche so leicht und sogar im Tone eines gewissen Wohlwollens das Blatt behandelt, das sich einige Jahre hindurch der Schmähung Polens und einer rücksichtslosen Tätigkeit zu seinem Schaden gewidmet hatte.

Aus Nr. 123 der *Nowa Gazeta* (Warschau)  
vom 15. März 1916.

### „*Myśl żydowska*“ — der jüdische Gedanke.

In Lublin begann ein neues Wochenblatt unter dem Titel „*Myśl żydowska*“ zu erscheinen. Aus dem Inhalt der Artikel in der ersten Nummer soll hervorgehen, daß das Blatt nicht auf einem fest umschriebenen politischen Standpunkt steht, es verwahrt sich nämlich sowohl gegen das Programm der Assimilation, als auch gegen den Nationalismus, wobei es für eine Regelung der jüdischen Frage keinen positiven Weg vorzeichnet.

Das Blatt will die bürgerlichen Rechte der Juden in Polen verteidigen und danach streben, die polnisch-jüdischen Mißverständnisse zu beseitigen, indem es diese Angelegenheiten sozusagen nur auf den ethischen und humanitären Boden stellt. Doch beweist der Inhalt und Ton der ersten Nummer, daß die Redaktion selbst einer zu weit gehenden Erbitterung nicht bar ist,

wenn es, wie es schreibt, in den Kampf mit den Erscheinungen der „beispiellosen wilden Einfalt“ zieht. Übrigens werden vielleicht die weiteren Nummern des Blattes das politische Antlitz der Gruppe der „*Myśl żydowska*“ deutlicher zeigen. Der Name des Blattes hat an und für sich das Merkmal des Separatismus. Diese Tendenz tritt auch in der nichtsagenden Kritik der früher herausgegebenen, der jüdischen Frage gewidmeten Blätter in die Erscheinung.

Die Kritik des „*Żraelita*“ ist unsachlich und ungenau, die Anerkennung dagegen trotz geringer Vorbehalte, daß der „*Przegład Codzienny*“ Mendelsohns auf gutem Wege zu gehen schien, — zeugt gerade davon, daß man den separatistischen Strömungen nicht entgegenwirken will.

Aus Nr. 71 des *Wiarus Polski* (Bochum)  
vom 26. März 1916.

### Aus Litauen.

Aus Wilna wird uns geschrieben: Die Vertretung der polnischen Interessen in Wilna hat das sogenannte „Polnische Komitee“, daß aus dem Verein für die Kriegsoffer hervorgegangen ist, übernommen. Das Komitee setzt sich aus Vertretern aller Parteien zusammen. Kommandant der Miliz ist gegenwärtig der Rechtsanwalt Witold Abramowicz. Zur Bekämpfung des Glends und der Teuerung sind eine Reihe Einrichtungen geschaffen worden, an deren Spitze die „*Volksküchen*“ stehen. Im Januar haben diese Küchen 54 082 Mittagessen verabfolgt. Darüber hinaus findet eine unentgeltliche Verteilung von Brotarten statt. Im allgemeinen erscheint hier die Not größer, als in Warschau. Größer ist auch die Zahl der Auswanderer, die in der Landwirtschaft Beschäftigung suchen. Gleichwohl kehrt das Leben teilweise in seine normalen Bahnen wieder zurück. Seit Februar erscheint hier der „*Dziennik Wileński*“, der mit der früheren „*Gazeta Codzienna*“ (Wilnaer 2 Groschenblatt) identisch ist und vom Herrn Johann Obst redigiert wird. Herausgeber des Blattes sind einige Geistliche. Es zeigen sich in Wilna schon Warschauer Monats- und Wochenblätter. Das polnische Theater ist noch geschlossen. Dafür findet ein oder zwei Mal in der Woche eine Vorstellung im Verein „*Lutnia*“ statt, wo neben Dilettanten auch die in der Stadt verbliebenen Schauspieler auftreten. Dieselbe „*Lutnia*“ organisiert Konzerte, die Herr Adam Wyleżynski leitet. Sehr nahe Beziehungen zu der künstlerischen Bewegung unterhält der vor kurzem gegründete Verein der Freunde Alt-Wilnas unter dem Namen des Königs Sigismund August.

Die Leitung der Aufklärungsarbeit hat das Edukationskomitee übernommen, in welchem alle polnischen Organisationen und Vereine, die sich mit der Aufklärungsfrage befassen, vertreten sind. Das Komitee zählt 3 Sektionen, die Finanz-, Verwaltungs- und Unterrichtssektion. Am 1. Januar d. Js. besaß Wilna 4 polnische Mittelschulen (2 Knaben- und 2 Mädchenschulen). Sie wurden von 425 Knaben und 390 Mädchen besucht. In den 8 städtischen Schulen (4 Knaben- und 4 Mädchenschulen) wurden 1060 Kinder unterrichtet. In 30 Elementarschulen waren 4500 Kinder vorhanden.

Die Gesamtzahl der die Wilnaer Schulen besuchenden Kinder betrug 6375. Gegenwärtig ist diese Zahl bedeutend größer, weil andauernd neue Schulen gegründet werden. Unter dem Schutz der Geistlichkeit ist ein katholischer Aufklärungsverein ins Leben gerufen worden, der sich mit der Errichtung von Parochialschulen an den Kirchen befaßt. In der neu errichteten an der Johanniskirche sind sofort



400 Kinder aufgenommen worden. Für kleinere Kinder werden Spielschulen von verschiedenen philanthropischen Vereinen gegründet. Die meisten Schulen leitet der Kinderfürsorgeverein, den noch der verstorbene Josef Montwill gegründet hat. Es bestehen endlich noch besondere Schulen und Spielschulen für die obdachlosen Kinder aus dem Königreich Polen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die zahlreich veranstalteten Kurse für Analphabeten, die alltäglich, außer Sonnabend, stattfinden. Sie werden sehr zahlreich, u. a. auch von Dienstmädchen, besucht. Von den in der letzten Zeit gegründeten besonderen Schulen sind die Handelsschule (mit 2jährigem Kursus) und die landwirtschaftlichen Kurse hervorzuheben. Unabhängig von der geradezu imponierenden polnischen Aufklärungsbewegung entwickelt sich, obwohl in bedeutend bescheideneren Grenzen, auch das weißrussische, litauische und jüdische Schulwesen. Erwähnenswert ist die Tatsache, daß die Lehrcurse auch von Deutschen besucht werden. Zum Kurator sämtlicher Schulen in Wilna ist nach der „Wilnaer Zeitung“ Professor Fred, der Direktor des Realgymnasiums in Danzig, ernannt worden.

### Aus dem Auslande.

Aus Nr. 2798 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)  
vom 20. März 1916.

#### Der Rücktritt des Schöpfers der deutschen Flotte.

Unter dieser Überschrift schreibt das Lemberger Blatt, nachdem es die Verdienste des Großadmirals Tirpitz um die deutsche Flotte hervorgehoben, u. a. folgendes:

Aus dem, was wir gesagt haben, geht die politische Bedeutung des Rücktritts Tirpitz klar hervor. Es gilt nur noch zu fragen, welches die Ursachen der Entlassung des Großadmirals waren.

Die deutsche Presse drückt sich über sie im allgemeinen unbestimmt aus, indem sie feststellt, daß es heute nicht an der Zeit sei, die Beweggründe der Krisis zu besprechen. Nach der „communis opinio“ jedoch ist der Grund des Rücktritts Tirpitz ein immer stärker werdender Zwiespalt zwischen ihm und dem Reichskanzler, welcher in Sachen des deutsch-amerikanischen Konflikts die höchste Spannung erreicht hat. Tirpitz war die Personifizierung des deutschen Grundsatzes „druff“, er war ein Gegner irgend welcher Zugeständnisse zu Gunsten Amerikas, indem er sie „de facto“ als Zugeständnisse zu Gunsten Englands deutete. Der Reichskanzler dagegen behandelte, ohne auf die mächtige Waffe zu verzichten, welche das Unterseeboot ist, formell die amerikanischen Forderungen weniger rücksichtslos, die Hoffnung nicht aufgebend, daß es gelingen werde, eine Verständigung mit den vereinigten Staaten herbeizuführen. Der Kaiser neigte angeblich auf die Seite der Meinung des Reichskanzlers, angesichts dessen Tirpitz sein Entlassungsgesuch einreichte. — Es fehlt auch nicht an anderen Stimmen, welche die Gründe des Rücktritts Tirpitz in der Richtung der von ihm vertretenen Flottenpolitik erblicken. Tirpitz forderte nämlich stets den Bau einer möglichst großen Zahl von „Dreadnoughts“ und „Superdreadnoughts“, indem er den Bau von Tauchbooten an die zweite Stelle setzte. Der gegenwärtige Krieg hat dagegen nach Ansicht von Fachkreisen erwiesen, daß diese Richtung falsch war. Die deutsche Flotte ist angesichts des absoluten Übergewichts des Gegners zur See eigentlich aus dem Bereich der Kriegsoperationen ausgeschaltet, während die durch die Tauchboote erzielten Wirkungen unerwartet groß sind. — „Was wäre, rufen die Anhänger des Unterseekrieges aus, — wenn wir nur Tauchboote gebaut hätten? Nicht ein einziger Engländer wäre in Frankreich, nicht ein einziger Franzose in Saloniki ge-

landet, die Meere würden Deutschland gehören, die zu Panzerschiffen verausgabten Milliarden aber wären in der deutschen Tasche geblieben“. Nach aus diesen Kreisen stammenden Nachrichten hat angeblich Kaiser Wilhelm die Richtigkeit dieser Anschauungen mit besonderer Stärke in dem Augenblick der Beschlagnahme einer beträchtlichen Zahl von deutschen Schiffen durch das kleine Portugal empfunden. Das soll der Tropfen gewesen sein, welcher den Kelch zum Überlaufen gebracht hat, und — Tirpitz ist zurückgetreten.

Die öffentliche Meinung der neutralen Länder sieht dagegen in dem Rücktritt Tirpitz eine Kundgebung für den Frieden. Der Großadmiral war stets ein Anhänger des rücksichtslosesten Krieges, eines Krieges bis zu dem Augenblick, wo der Gegner vollständig am Boden liegt; er war auch Anhänger einer möglichst vollständigen Ausnutzung des Sieges in militärischer, politischer, territorialer und wirtschaftlicher Beziehung. In seinem Rücktritt erblicken daher die neutralen Journalisten die Tatsache, daß in Deutschland die Friedensbestrebungen die Oberhand gewinnen, sowie den ersten Schritt auf diesem Wege — die Leute, welche beim Friedensschluß ein Hindernis sein könnten, von der Regierung auszuschalten. — Diese Ansicht erweist sich schon auf den ersten Blick als falsch, ihre Wurzeln stecken nämlich in der Annahme der irrigen Voraussetzung, daß Deutschland mit Gewalt nach Frieden trachtet, indes überzeugt auch nur ein oberflächlicher Blick auf die strategische Lage, daß eher die gegnerische Seite an einen Frieden denken sollte, nicht aber die Mittelstaaten, deren strategische Lage heute günstiger ist als jemals vorher.

Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die wirklichen Gründe des Rücktritts des Großadmirals andere. Tirpitz war bekanntlich der Papst der Annexionisten, das sichtbare Haupt dieser in Deutschland einflussreichen politischen Gruppen, welche am weitest gehende Eroberungen im Osten und im Westen verlangten. Auf dieser Basis kam es zwischen ihnen und dem Reichskanzler häufig zu Spaltungen und Mißverständnissen; Bethmann-Hollweg vertritt in dieser Beziehung bekanntlich eine gemäßigte Richtung. Nach auf dem Wege über Wien kommenden Mitteilungen waren der Grund der endgültigen Reibung, welche mit dem Rücktritt Tirpitz endete, die polnische Frage und die bekannten Projekte, welche sich auf sie beziehen und gegenwärtig in der deutschen und neutralen Presse immer lebhafter besprochen werden. Der Standpunkt des Reichskanzlers wurde angeblich von den militärischen Kreisen und vom Kaiser unterstützt, angesichts dessen Tirpitz seinen Abschied nahm. Es kann sein, daß das Matsch ist, Tatsache jedoch ist, daß die Polen die Bedeutung der polnischen Frage als Faktor in der internationalen Politik häufig unterschätzen.

Das selbe Lemberger Blatt enthält eine aus Wien vom 21. März datierte Zuschrift unter der Überschrift: „Tirpitz und die polnische Frage“, in welcher u. a. folgendes zu lesen ist:

Eine Kanzlerkrisis wird es wahrscheinlich nicht geben, aber zweifellos herrscht eine Krisis im deutschen Volke. Bezeichnend ist, daß sich auf die Seite Tirpitz, welcher in Deutschland eine fast ebenso vollständige Persönlichkeit ist, wie Tegetthoff in Österreich, diejenigen Parteien und Gruppen gestellt haben, die sich auch f. Zt. für eine Annexion der im Westen und Osten



befetzten Gebiete erklärten. Der Zweikampf zwischen Tirpiz und Bethmann-Hollweg ist nach dem Rücktritt Tirpiz nicht beendet, sondern er dauert fort. Der weitere Verlauf dieses Kampfes, welcher auch für uns Polen nicht gleichgültig sein kann, muß abgewartet werden. Gegenstand der Kämpfe ist heute die Frage der Tauchboote. Tirpiz und seine Anhänger stehen auf dem Standpunkt, daß die deutschen Tauchboote alle Schiffe ohne Rücksicht auf ihre staatliche Zugehörigkeit, welche nach England gehen, oder von England kommen, torpedieren müßten. Neben dieser strittigen Frage bestehen jedoch auch andere grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Lagern, Unterschiede, in denen die polnische Frage innerhalb und außerhalb Deutschlands eine wichtige Rolle spielt. In Wiener politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß sogar im Falle irgend welcher unwahrscheinlicher Wechsel im Kabinett die Anschauungen Deutschlands in der polnischen Frage, welche mit den Anschauungen Österreich-Ungarns übereinstimmen, keiner Veränderung unterliegen werden.

Aus Nr. 145 der Nowa Reforma (Krakau)  
vom 21. März 1916.

#### Das Abkommen zwischen dem polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee.

Der polnische Klub in Wien und das Oberste Nationalkomitee (folgen drei von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen) haben im Gefühl beiderseitigen Vertrauens zum Zwecke der für die Zukunft unerlässlichen Vereinheitlichung der Leitung dieser Politik beschlossen, ihren gemeinsamen Wirkungsbereich folgendermaßen zu umschreiben:

- I. Was den Wirkungsbereich des D. N. K. anbetrifft, wird festgestellt, daß gemäß dem am 16. August 1914 von dem galizischen polnischen Landtagsklub unter Mitbeteiligung aller polnischen Parteien gefaßten Beschluß das D. N. K. als die höchste Instanz auf dem Gebiete der militärischen, finanziellen und politischen Organisation der bewaffneten polnischen Kräfte anerkannt worden ist. Zur Erfüllung seiner Aufgabe befaßt sich das D. N. K. mit der Propaganda der den Weg zur Lösung der polnischen Frage bahnenenden Legionenidee.

Im besonderen entfaltet das D. N. K.:

1. auf der Grundlage der Legionenidee durch Vermittelung des Militärdepartements die Werbeagitation;
2. verständigt es sich selbstständig mit der Regierung und der Obersten Heeresleitung in Sachen der Legionen;
3. bildet es in Galizien Orts- und Kreisorganisationen zur Agitation für das Programm der Legionen;
4. gibt es zu dieser Agitation periodische Schriften, Werke und Broschüren heraus;
5. macht es das Ausland mit der Legionenidee dadurch bekannt, daß es der Auslandspresse einschlägige Artikel liefert.

- II. Alle anderen Angelegenheiten der nationalen Politik außer den im ersten Abschnitt genannten Angelegenheiten gehören ausschließlich zum polnischen Klub.

- III. In die politische Kommission des polnischen Klubs werden berufen werden:

- a) ein viertes Mitglied des Herrenhauses aus der Mitte des D. N. K.;
- b) Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der früheren militärischen Organisationen, soweit sie dem polnischen Klub angehören.

IV. Die gegenwärtige Zusammensetzung des D. N. K. wird wie folgt geändert werden:

- a) die konservativen Parteien, welche im Herbst 1914 das D. N. K. verlassen haben, werden in dem vollen Komitee Stellen einnehmen in einer Zahl, die einem solchen prozentualen Verhältnis entsprechen wird, wie es ihnen durch den Beschluß vom 16. August 1914 zuerkannt wurde;
- b) diese Parteien werden eine entsprechende Vertreterschaft in der Vollzugskommission des Komitees, nicht minder in den Sektionen und Ausschüssen des D. N. K., insbesondere in den Organisations-, Militär- und Finanzdepartements erhalten;
- c) den selben Parteien wird auch das Recht zustehen, ihre Mitglieder in das D. N. K. und in seine Organisationen zu berufen;
- d) es wird das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des D. N. K. geschaffen werden, welches der bisherige Vorsitzende Dr. Wladislaus Leopold Jaworski übernehmen wird;
- e) der Obmann des polnischen Klubs wird Vorsitzender des D. N. K. werden und beide Ämter auf der Grundlage der unter I und II umschriebenen Abgrenzung der Befugnisse vereinigen;
- f) der Obmann des polnischen Klubs ist gezwungen, von Amtes wegen ständig in Wien zu weilen, und wird an seiner Seite das Präsidialbureau und das Pressebureau des D. N. K. behalten.

Aus Nr. 152 und 153 des Czas (Krakau)  
vom 24. März 1916.

#### Der polnische Klub.

Mitteilungen des Sekretariats des polnischen Klubs.

Wien, den 24. März 1916.

Im Saale der Handelskammer in Wien fand gestern unter Leitung des Obmanns von Bilinski eine Sitzung des polnischen Klubs statt, welche um 11 Uhr vormittags in Gegenwart des Ministers für Galizien, einiger Mitglieder des Herrenhauses und ehemaliger Abgeordneter des galizischen Landtages, sowie 54 Mitgliedern des polnischen Klubs ihren Anfang nahm.

Auf Antrag des Abgeordneten Grafen Lasocki wurde der völkische Abgeordnete Anton Bomba einstimmig in den polnischen Klub aufgenommen.

Gemäß dem Antrag des Obmanns des polnischen Klubs wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Abgeordneten Dr. Emil Bobrowski, Ignaz Staszynski, Dr. Hermann Diamand, Sigmund Klemensiewicz, Dr. Hermann Liebermann, Dr. Sigismund Marek, Andreas Moraczewski und Thaddäus Regler in den polnischen Klub aufzunehmen. Weiter wurden die Satzungen hinsichtlich einer Erhöhung der Zahl der stellvertr. Obmänner von 4 auf 5 und der Zahl der Mitglieder der parlamentarischen Kommission von 7 auf 8 geändert, worauf auf Einladung des Obmanns die genannten Abgeordneten den Saal betraten.

Zum fünften stellv. Obmann wurde der Abgeordnete Ignaz Staszynski und an Stelle des Grafen Skarbek, welcher zu Händen der nationaldemokratischen Gruppe auf die Würde eines Obmanns verzichtete, der Abgeordnete Dr. Stanislaus Glabinski gewählt.

In der gestrigen Sitzung bestätigte der polnische Klub auf Antrag des Obmanns ohne Erörterung das Abkommen in Sachen der Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs des polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees.



Wien, den 24. März 1916.

(Mitteilung des Sekretariats des polnischen Klubs).

Eingangs seiner Ansprache begann der Obmann v. Bilinski, daß im gegenwärtigen Augenblick der Zeitabschnitt langjähriger Kämpfe zum Abschluß komme, der Kämpfe, welche zwischen dem polnischen Klub und der Gruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten unter schwierigen Verhältnissen stattfanden, der Kämpfe, welche für den polnischen Klub umso schmerzlicher waren, als sie sich wiederholt im Angesichte unserer Feinde abspielten. Diese Erinnerungen müssen sich verwischen in Anbetracht der Beweggründe, welche die Kollegen von der sozialdemokratischen Partei zum Eintritt in den polnischen Klub bewogen haben. Diesen für Sie nicht leichten Schritt — setzte der Obmann fort — haben Sie aus rein patriotischen Beweggründen getan. In einer kritischen Zeit, wo sich das Schicksal unseres Vaterlandes wägt, darf sich keine Partei der gemeinsamen Arbeit entziehen und kann man auch keine Partei der gemeinsamen Arbeit entziehen. Alle müssen in einer Reihe stehen. Die polnische Frage wird sich nach innen und nach außen anders darstellen, wenn wir nicht zerplittert sind, wenn wir einig sein werden. Indem Sie ihren Eintritt in den polnischen Klub angemeldet haben, haben Sie sich um das Vaterland verdient gemacht, und das wird Ihnen die Geschichte als großes Verdienst anrechnen. Aber auch der polnische Klub hat das nicht geringe Verdienst, daß er, die Vergangenheit vergessend, Sie zur Mitwirkung an der Arbeit zum Wohle unserer Nation einlädt.

Die sozialdemokratischen Kollegen werden oft Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß hier im polnischen Klub für die Sache des allgemeinen Wohls heiße Herzen schlagen. Sie werden sich überzeugen, daß im polnischen Klub das Interesse jeder Bevölkerungsschicht gleiche Unterstützung findet, andererseits wird sich der polnische Klub überzeugen, daß die neuen Kollegen nicht auf dem Standpunkt der internationalen und nationalen Organisation stehen, sondern gleich den übrigen Mitgliedern des polnischen Klubs eine heiße Liebe zur polnischen Nation hegen. Helfen Sie uns in dieser Arbeit für alle Schichten der Volksgesamtheit, denn sie alle bedürfen der Hilfe. Da wir unsere Nation alle heiß lieben, kennen wir keinen anderen Standpunkt, als nur den polnischen patriotischen Standpunkt. Ich glaube auch nicht, daß, wie vielfach gesprochen wird, Sie dem polnischen Klub nur für die Zeit des Krieges beitreten. Die Zusammenarbeit wird Ihnen nicht gestatten, aus dem Klub auszutreten, und im übrigen wird sich hierzu keine begründete Ursache finden.

Zum Schluß drückte der Obmann die Hoffnung aus, daß, wenn endlich das eintreten wird, was wir alle wünschen, und wenn wir alle eine gemeinsame Stätte der nationalen Arbeit haben werden, sich dann dort für alle Parteien unter der einzigen Losung des Wohles des Vaterlands Platz finden wird.

Die neuen Mitglieder des polnischen Klubs herzlich begrüßend, erteilte der Obmann das Wort dem Abgeordneten Daszynski, welcher eine Erklärung im Namen der polnischen sozialistischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments niederlegte. (Siehe die Erklärung aus Nr. 87 des Naprzód vom 24. März 1916).

Zu dieser Erklärung — sagte Abgeordneter Daszynski weiter — will ich nur einige Worte hinzufügen: Die Entscheidung unserer Partei ist auf zahlreiche Belobigungen, aber auch auf Vorwürfe gestoßen. Die Belobigungen haben unseren bisherigen Standpunkt zur polnischen Sache verkannt, sie drückten oft das Erstaunen aus, daß die polnischen Sozialisten eine so patriotische Tat vollbracht hätten, und doch

sind wir seit einem Vierteljahrhundert niemals von dem Wege der Pflicht abgewichen, die uns die tiefe Liebe zur Sache des um seine Freiheit kämpfenden polnischen Volk diktierte. Die Vorwürfe wiederum verkamten die gegenwärtige Lage Polens. Die Zwietracht unter den Polen droht uns mit der Vernichtung, der einzige erlösende Weg... Mir wurde auch gesagt, daß die Einigkeit der Polen stets ein Hirnspinnst und eine Illusion sein werde und daß seit Jahrhunderten eine Eintracht in Polen unmöglich sei. Diejenigen, welche so reden, verkennen, daß wir doch gereift sind, daß wir im Rahmen der österreich-ungarischen Monarchie in Galizien ein halbes Jahrhundert eine Selbstverwaltung und 10 Jahre ein allgemeines Wahlrecht hinter uns haben, das aber zivilisiert. Wir haben hinter uns ein Jahrhundert von Leiden, in denen man reift. Aber reifen kann eine Masse nur unter günstigen Bedingungen, und diese Bedingungen verdanken wir Österreich. Wenn wir sogar zu einer idealen Vereinigung aller Polen in dem Streben nach einem gemeinsamen Ziel nicht gelangen würden, so hat doch die Atmosphäre der Einigkeit die Bedeutung, daß sie ein zweites Targowica unmöglich macht, und in Polen ein Targowica unmöglich zu machen, ist eben unsere innere Politik, meine Herren.

Aus Nr. 154 des Czas (Kraňau)

vom 25. März 1916.

**Der polnische Klub.**

Mitteilung des Sekretariats des polnischen Klubs.

Wien, den 25. März 1916.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Klubs am 23. d. Mts. wurden die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen der Ausschüsse vollzogen. Der polnische Klub zählt gegenwärtig 77 Mitglieder. Der politische Ausschuß wurde auf die Zahl von 27 Abgeordneten erhöht. In diesen Ausschuß gehören: Der Obmann des Klubs, 4 Mitglieder des Herrenhauses, und zwar Fürst Witold Czartoryski, Graf Key, Agenor Graf Soluchowski, Johann Graf Stadnicki und Jdzislaw Graf Tarnowski, sowie 22 Abgeordnete aus dem Klub. Gewählt wurden nach den Gruppen die Abgeordneten: Dlugosz, Redzior, Graf Key, Sredniawski, Tetmajer, Witosz, Abrahamowicz, Czaykowski, Jaworski, Fürst Lubomirski, Starowieyski, German, Krogulski, Leo, Löwenstein, Jaranski, Daszynski, Marek, Moraczewski, Glabinski, Debiski und Lisiewicz. In den parlamentarischen Ausschuß wurden außer dem Präsidium berufen die Abgeordneten: Diamand, Czaykowski, Dlugosz, Gall, Halban, Graf Lasocki, Leo und Löwenstein. Der wirtschaftliche Ausschuß für städtische Angelegenheiten wurde ergänzt durch die Wahl der Abgeordneten Diamand und Marek, in den wirtschaftlichen Ausschuß für landwirtschaftliche Angelegenheiten wurde der Abgeordnete Moraczewski gewählt, ein zweiter Abgeordneter aus der sozialdemokratischen Gruppe wird später ernannt werden.

Aus Nr. 87 des Naprzód (Kraňau)

vom 24. März 1916.

**Eine Erklärung der polnisch-sozialistischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments.**

Wir polnischen sozialistischen Abgeordneten, die wir im Auftrage des Parteivorstandes in den polnischen Klub des österreichischen Parlaments eintreten, erklären:

Wir führen den Beschluß des Vorstands in der Überzeugung aus, daß unser Schritt die Kräfte der ganzen polnischen Nation im Zeitabschnitt des Krieges, dessen Schlachtfeld fast unser ganzes Land ist, erhöhen



wird. Wir halten die Verschmelzung aller Kräfte der Nation für eine der notwendigen Bedingungen dafür, daß auf polnischem Boden ein Staat — — — entsteht, dessen Formen wir hier nicht präjudizieren wollen. Was immer für Kräfte über irgend welche Absichten hinsichtlich des Schicksals der polnischen Nation werden entscheiden wollen, müssen sie diese Nation fest zusammengeslossen in einem einzigen, als Naturrecht starken Streben nach einem freien Staatswesen antreffen, — — — welches das Ergebnis des auf zahllosen Schlachtfeldern vergossenen Blutes, der übermenschlichen Opfer der ganzen Nation und ihres niemals erloschenen Rechtes auf ein gesitteter und freier Völker würdiges Leben sein soll. Von diesen Grundsätzen geleitet, traten wir am 16. August 1914 dem Obersten Nationalkomitee bei, und diese selben Grundsätze leuchten uns ausschließlich auch gegenwärtig bei dem Zusammenschluß mit den Parteien, die in dem polnischen Klub bestehen, voran, da der Lauf der Dinge dieses von uns erfordert.

Als Mitschöpfer und — auf dem Gebiet der Politik tätige — Soldaten des Heeres — — — sind wir von dem Gefühl der Pflicht beseelt, aufmerksam darüber zu wachen, daß dieses Heer — — — stets und überall den Kriegsdienst zum Nutzen der Nation und unter ihrer Fahne würdig verrichten könnte. Von Verehrung und Dankbarkeit für die Heldenhaftigkeit der polnischen Legionen durchdrungen, wollen wir alle Kräfte anbieten, auf daß der edle Stolz des polnischen Soldaten, seine organisierende Selbstständigkeit, seine kriegerische Leistungsfähigkeit nicht angetastet würden.

Indem wir in die Reihen des polnischen Klubs eintreten, treten wir ihm nicht als einem politischen Klub bei, sondern wir wollen ein solidarisches Ganze der Vertreter der innerhalb der Grenzen Österreichs wohnenden polnischen Nation schaffen. Diese Solidarität soll für ganz Polen ein Fingerzeig sein, daß der Zusammenschluß der ganzen Nation in unseren Augen während des Krieges ein unverbrüchliches Gebot der polnischen Staatsraison, ein Gebot für alle Polen ist.

Die Fahne unserer Partei hoch haltend, keinen unserer leitenden Grundsätze verlierend, wünschen wir, daß die polnische Nation und die ganze Welt unsere Fahne in einer geschlossenen polnischen Reihe sehe, daß sie verstehe, daß der polnische Sozialismus die Befreiung der Nation anstrebe — — —, daß er, um die Hauptbedingung einer normalen Entwicklung gesitteter Völker zu erlangen, zu den größten Opfern bereit sei:

Auf die Waagschale der geschichtlichen Ereignisse werfen wir das kostbarste Gut, welches wir haben: Die selbstbewußte Arbeit. Wir suchen keine Vorrechte, wir erstreben keine Vorteile für die Partei, wir wollen nur eine solche Ordnung im polnischen Lande, welche dem Leben und der Entwicklung einer gesitteten, zwanzig Millionen zählenden Nation in Europa entspreche.

(Die durch Striche bezeichneten Stellen des Artikels sind von der österreichischen Zensur gestrichene Worte und Satzteile).

Aus Nr. 147 der Nowa Reforma (Kraakau)  
vom 22. März 1916:

### Das Schweigen von Warschau.

(ks.) In dem Gründungsakt des Obersten Nationalkomitees vom 16. August 1914 ist hinsichtlich des Königreichs Polens gesagt: „Die Entscheidung über politische Angelegenheiten des Königreichs Polen kann nur im Einverständnis mit einer Organisation im Königreich Polen erfolgen, die auf ähnlichen Grundsätzen aufgebaut ist, wie die gemeinsame Organisation in Galizien.“

In dem Aufruf des Obersten Nationalkomitees vom 8. August 1915 ist gesagt: „Es erscheint uns unumgänglich, daß die von der russischen Herrschaft befreiten polnischen Lande unter einander Organisationen herbeiführen, die sich durch hierzu erwählte Kommissionen mit dem Obersten Nationalkomitee verständigen zwecks Bildung einer Organisation für die ganze Nation. Dem Königreich wird die wichtigste Rolle zufallen. Wir erkennen das an, und wir warten mit Spannung auf den Moment, wenn sich das Königreich äußern, die Aktion in seine Hände nehmen und mit Warschau, dem Herzen Polens, an der Spitze die Nation führen wird.“

Aus obigen beiden Erklärungen geht unwiderlegbar hervor, daß der galizischen Politik, soweit sie sich in der Bildung des Obersten Nationalkomitees und der Legionen aussprach, stets der Gedanke ganz fern gelegen hat, dem Königreich Polen irgend etwas aufzudrängen. Schon bei der Gründung des Obersten Nationalkomitees herrschte unter seinen Schöpfern das klare Bewußtsein, daß man ohne das Königreich über das Königreich nicht entscheiden könne, daß es aus einer ganzen Reihe von prinzipiellen Gründen die Möglichkeit haben müsse, sich uneingeschränkt und frei zu äußern. Ein Jahr später ging das Oberste Nationalkomitee noch weiter, indem es in seinem Aufrufe dem Königreich geradezu, „die wichtigste Rolle“ und die Führung in Sachen der politischen Organisation der ganzen Nation zuerkannte und sich von vornherein dieser Leitung unterstellte.

Seit der Befreiung Warschaus von der russischen Herrschaft sind jedoch schon rund acht Monate verflossen, ohne daß jenes vom Obersten Nationalkomitee mit Spannung erwartete Sichausprechen des Herzens Polens — Warschau — bisher in irgend einer Form erfolgt wäre. Warschau bietet weiterhin das Bild einer politischen Spaltung, an welcher im Vergleich mit dem Zustande, wie er in dieser Hinsicht gleich nach dem Abmarsch der Russen bestand, nur verschwindende und sehr langsame Änderungen zum Besseren wahrnehmbar sind. Warschau hat sich nicht nur bisher nicht ausgesprochen, sondern es sind sogar die Fortschritte, die von ihm nach der Richtung einer Konsolidierung, wenn auch nur der wichtigsten Parteien gemacht wurden, bisher leider allzu klein, als daß man auf sie irgend welche positiven Hoffnungen gründen könnte.

Die Bestätigung dieser Tatsachen ist keineswegs eine Anklage, welche eine in diesem Falle so leichte Verteidigung und ausgedehnte Aufklärungen von allen mehr oder weniger genau bekannten Sachen unerläßlich machte. Die Politik stützt sich jedoch auf Tatsachen, indem sie Tatsachen schafft. Die Herkunft der Tatsachen, ihre Ursachen, die Umstände, welche sie bedingten, ändern, wenngleich sie natürlich für die Beurteilung der Tatsachen selbst sehr wichtig sind, dennoch in nichts das Fehlen und das Bestehen der gegebenen Tatsachen.

Man braucht sich darüber nicht auszulassen, daß die politische Konsolidierung des Königreiches, selbst wenn sie nicht mathematisch voll, aber doch Achtung gebietend genug wäre, um für ihre Stimme eine hinlängliche Autorität nach innen und nach außen hin zu haben, die Grundforderung und das Gebot der gegenwärtigen allgemeinen Lage der polnischen Sache ist. Die Stimme Galiziens ohne die des Königreichs, besonders aber Warschaus, das nicht bloß wir als Polens Herz betrachten, büßt sehr viel von ihrer Bedeutung und Kraft ein.

Es handelt sich hier nicht darum, daß sich Warschau klipp und klar sofort und ohne Vorbehalt für das Programm des Obersten Nationalkomitees aussprache. Es handelt sich jedoch darum, daß dieses Warschau sich überhaupt äußere, indem es seine Auffassung der höchsten polnischen nationalen Interessen auf dem Boden der gegenwärtig bestehenden Ver-



hältnisse formuliere. Schweigen ist nicht immer Gold. Unter gewissen Umständen sagt Schweigen sehr viel, viel mehr Böses und Gefährliches, als eine noch so wenig befriedigende, noch so wenig reife Erklärung in sich enthalten könnte. Es bestehen aber sehr ernste Gründe zu der Ansicht, daß dieses achtmonatliche Schweigen Warschaws sich eben sehr wenig als Gold erweisen wird. Die Schäden, die aus ihm erwachsen, sind heute schon ersichtlich. Wenn sie nur in der Periode des Endes des Krieges und des Ordnen's seiner Früchte nicht noch ersichtlicher würden!

Jeder kann sich denken, was ihm bequemer oder angenehmer ist; aber das darf man nicht denken, daß für die polnische Nation unter ihren gegenwärtigen Verhältnissen in der heutigen kritischen Periode ihrer Geschichte Schweigen geboten und politisch klug wäre. Derselbe Realismus in der Beurteilung elementarer Tatsachen, wie er die Orientation des Königreichs in der ersten Periode des Weltkrieges wenigstens begreiflich machte, sollte heute in irgend einer anderen gleichfalls realen Formel den Ausdruck finden.

(15 Zeilen von der Krakauer Zensur gestrichen.)

Die Welt weiß, welche Schlüsse Warschau aus der Voraussetzung zog, daß Rußland im Königreich bleiben werde. Jetzt ist nötig, daß die Welt erfahre, welche Schlüsse Warschau aus der entgegengesetzten Voraussetzung, daß Rußland nicht im Königreich bleibt, zieht. Der Verlauf des Krieges hat bewiesen, daß beide Voraussetzungen in gleicher Weise begründet sind. Gebot somit der politische Realismus, aus der einen Schlüsse zu ziehen, so gebietet er es auch bezüglich der anderen.

Es ist das so einfach und so klar, daß es jedem Angriff, selbst einer mit wütendster Bosheit gepfefferten Sophistik standhält.

(10 Zeilen von der Krakauer Zensur gestrichen.)

Herr Dmowski, der mit Paß eines Ruriers der russischen Gesandtschaft in London die Koalitions-Staaten bereist, stellt sich weiterhin als — der einzig bevollmächtigte und verantwortliche Sachwalter des Königreichs Polen vor. Und sein Philosophieren ist sehr einfach: Da seit dem Augenblick des Zurückweichens der Russen aus Warschau das Königreich Polen nebst seiner Hauptstadt sich nicht anders ausgesprochen hat, bleibt seine höchste politische Gewalt weiterhin das in Petersburg in der Aussiedelung befindliche Nationalkomitee, in dessen Namen er — Dmowski — herumfährt, spricht und handelt. Und was man auch von dieser kühnen Rabulistik des Herrn Dmowski sagen möge, so ist sie doch eine Tatsache, die angesichts des Schweigens von Warschau Eindruck machen, eine gewisse Bedeutung haben muß. Möge man Warschau also fragen, ob es tatsächlich das in Petersburg weilende Nationalkomitee und dessen Sendling Dmowski auch weiterhin als seine leitende Behörde anerkennt.

Der Senator Lubinow bereitet doch, wie man unlängst lesen konnte, ein Gesetz über eine summarische Amnestie für den Fall vor, daß die Russen das ihnen teure Weichselland wiedergewinnen sollten. Wenn es so ist, um was handelt es sich dann eigentlich?

Es hat sich in Galizien schon eine erneute Konsolidierung vollzogen, die in dem Herzen aufrichtige Freude weckt. Es hatte doch Warschau nicht so viele und so verbissene Wahlkämpfe, es hat keine Landtagswahlreform durchgeführt, keinen „Blod“ und keinen „Antiblod“ gekannt. Warschau ist es unvergleichlich leichter, sich zu konsolidieren, und gleichwohl tut es das nicht, ungeachtet dessen, daß es das reale nationale Interesse fürwahr heischt, als die grundsätzliche Bedingung einer wirksamen polnischen Politik. Ringsumher sprechen alle. Goremykin hat gesprochen. Sazonow noch mehr. Die englische Presse schreibt, die

französische auch. Alle befassen sich mit den Polen, Warschau aber — schweigt.

Aus Nr. 145 des Głos Narodu (Krakau)

vom 21. März 1916:

### Das baltische Problem.

Unter dieser Überschrift brachte das Olmüger Tageblatt „Deutsches Nordmährenblatt“ höchst fesselnde Betrachtungen über die Bedeutung und Zukunft der Ostsee, Betrachtungen, die auch für uns Polen nicht gleichgültig sind. „Das baltische Problem“ ist zum gewissen Teil unser Problem. Eine Reihe von Jahrhunderten waren vitale wirtschaftliche Interessen der polnischen Lande mit der Küste der Ostsee aufs engste verknüpft. Die Tatsache, daß unsere Hauptwasserader, die Weichsel, dort ihre Mündung hat, hält die Richtung und Bedeutung dieser Interessen auch für die Zukunft voll und ganz aufrecht. Schließlich berühren unsere nördlichen Wohnsitze, wiewohl sie geschmälert sind, noch heute in einer Ausdehnung von etwa zehn Meilen, von Danzig bis an die ehemalige polnisch-preussische Grenze, die Ostseeküste. Polen hat also heute noch nicht aufgehört, zu dem Kreis der baltischen Völker zu gehören, und darum müßten die Betrachtungen des genannten deutschen Blattes auch bei uns entsprechendes Interesse erwecken.

Es folgt eine Wiedergabe des einschlägigen Artikels, in welchem nach einer geschichtlichen Übersicht über die baltischen Provinzen auf ihre Bedeutung für das Deutsche Reich hingewiesen wird, woran das Krakauer Blatt folgende Schlussbemerkungen knüpft:

Es ist bezeichnend und für das deutsche Empfinden höchst ehrenvoll, daß sich ein Blatt in einer kleinen österreichischen Stadt für das ihm scheinbar fernliegende Problem, wem die Zukunft auf der Ostsee gehören wird, so lebhaft interessieren kann. Diese Zukunft muß, wie wir eingangs erwähnt haben, auch uns angehen, da an der Westküste der Ostsee auch unsere polnischen Interessen in Frage kommen, die für uns umso wichtiger sind, als wir, wie viele andere Völker, über kein breites und volles Atmen zur See, sondern nur über einen kleinen Streifen der Meeresküste verfügen. Vergleichen wir jetzt, in welchem Grade sich die polnische öffentliche Meinung für die Angelegenheit, unsere Existenz an den nördlichen an das Meer reichenden Grenzen des Polentums zu erhalten und zu befestigen, interessiert. Ein beiseidener deutscher Journalist in Olmütz ist um die Zukunft des deutschen Elements bei Libau und Riga besorgt. Was weiß aber auch nur der hervorragendste polnische Politiker in Krakau davon, was — bei Danzig vorgeht?

Aus Nr. 68 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 23. März 1916.

### Die polnische Frage in Rußland.

In den Spalten der Moskauer, Petersburger und Kiewer Presse wird seit einer gewissen Zeit eine interessante Diskussion über das Thema „Polnische Slawenfreundschaft“ geführt. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Diskussion war die Tatsache, daß unlängst von der Dumamehrheit der entscheidende Beschluß in Sachen der Aufhebung der Beschränkungen der Polen in Rußland gefaßt worden war. In der russischen Zeitung „Kiew“ nennt der bekannte Publizist Skrzyn-czenko die Entscheidung der Duma „geradezu beunruhigende Gedanken erregend.“ „In letzter Zeit“ — sagt der Verfasser wörtlich — „wird die polnische Frage in der russischen Presse unausgesetzt behandelt, und man könnte, nach dem Auftreten der Polen in dieser Presse zu urteilen, zu der Überzeugung kommen,



daß sie sich haben von der slawenfreundlichen Strömung fortreißen lassen. Jedoch ist das nicht der Fall. So weist z. B. der vor kurzem im „Dziennik Kijowski“ veröffentlichte Brief Turs ausdrücklich auf die Gründe des Auftretens der Polen in den russischen Zeitungen hin. Tur hebt hervor, daß er seine Artikel durchaus nicht infolge slawenfreundlicher Überzeugungen, sondern zu dem Zwecke drucke, die den Polen feindlichen Äußerungen der russischen Presse zu bekämpfen, und daß er sich nicht für einen Mitarbeiter russischer Blätter betrachte. Offenbar hegen weder Tur noch andere Polen slawenfreundliche Tendenzen. Merken wir uns das und schreiben wir es uns ins Gedächtnis!

Gleichzeitig schreiben in derselben Angelegenheit die „Roskija Wiedomosti“ was folgt: „Das Russifizierungs-System hat ungeheuere, Bewunderung erregende Fortschritte gemacht, und es erscheint natürlich merkwürdig, daß ein hervorragender Schriftsteller wie Tur diese Fortschritte nicht sieht. Rußland hat in den 30—60er Jahre schreckliche Erfahrungen gemacht. Sie zu wiederholen wäre nicht vernünftig, und zweitens ist zweifelhaft, ob dies erforderlich ist. Die Reichsduma kann in Begeisterung verfallen, ebenso wie dies einst unvernünftigerweise die polnischen Landtage taten. Aber noch hat sich unser staatliches Denken nicht verdunkelt, und es wird nicht gestattet, daß Rußland das Selbstgefühl einbüße, einer übermäßigen Begeisterung nachgebe und diese Sache mit einem Akt des Selbstmordes beschließe.“

Und das Organ der extremen Reaktionäre, die „Zemstina“, fügt folgendes hinzu: „Das westliche Land muß, wie Stolypin s. Zt. ganz richtig gesagt hat, für immer und ewig russisch sein. Es wäre ein unmöglicher Standpunkt, wenn die Polen hier völlige Gleichberechtigung erhielten.“ Nach Ansicht der „Njetsch“ hat der Krieg zu einem grundsätzlichen Wandel der allgemeinen politischen Verhältnisse in Rußland beigetragen, weshalb auch das gegenseitige polnisch-russische Verhältnis einer bedeutenden Änderung unterliegen müsse.

Die polnische Presse, soweit sie heute in einzelnen größeren Städten Rußlands erscheint, beschränkt sich dieser ganzen Diskussion gegenüber darauf, hervorzuheben, daß der Standpunkt der Polen in dieser Sache noch aus der Zeit vor dem Kriege her bekannt sei, und daß es nicht notwendig sei, dies heute ausdrücklich zu wiederholen.

Aus Nr. 70 des Goniec Wielkopolski (Posen)  
vom 25. März 1916.

#### Stürmer zur polnischen Frage.

Berlin, 23. 3. (Wat.) Im Pariser „Journal“ vom 20. März finden wir einen längeren Artikel aus der Feder des in Petersburg weilenden, allgemein bekannten Korrespondenten Ludwig Kaudeau. In diesem Artikel finden wir u. a. einen Absatz, der ein Interview betrifft, daß der russische Ministerpräsident Stürmer in Sachen der Autonomie Polens Kaudeau gewährt hat. Stürmer soll folgendes erklärt haben:

Die Politik Kaiser Nikolaus II. stützt sich auf die Ehre. Seine Politik gegenüber den Polen ist zweimal ganz formell festgestellt worden, zum ersten Male zu Kriegsbeginn durch das berühmte Manifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch an die polnische Bevölkerung und zum zweiten Male durch die von meinem Vorgänger Goremykin am 19. Juli 1915 gehaltene Rede. Diese Rede bezeichnet eine Erweiterung des Manifestes des Großfürsten und sein Umsetzen in die Tat. Das bei diesen beiden Gelegenheiten so klar entwickelte Programm wird in voller

Ausdehnung Anwendung finden. Die Loyalität der Polen ist uns bekannt. Die Tapferkeit der im Laufe der ersten Monate mobilisierten, in unseren Reihen kämpfenden polnischen Soldaten entspricht der unerschütterlichen Treue der in den besetzten Gebieten verbliebenen Nation gegenüber der slawischen Sache. So wiederhole ich denn auch unseren polnischen Brüdern: „Die übernommenen Verpflichtungen werden ohne Einschränkungen gehalten werden. Die Politik der Regierung kann nur eine Politik der Ehre und der Loyalität sein.“

(Von der Zensur gestrichen).

Das Polnische Pressbureau in Rapperswyl verbreitet folgende Notiz:

#### Russische Stimme über deutsche Politik in Litauen.

(pp) Das „Utro Rosji“ veröffentlicht einen Artikel Prof. Pogodins über „die deutsche Politik in Litauen“. Der Verfasser, der sein Material aus den Monatsheften der in Lausanne erscheinenden litauischen Zeitschrift „Pro Lituania“ schöpfte, gelangt zu dem Schlusse, daß die Deutschen in den okkupierten Gebieten Litauens die Polen bevorzugen, gegen die Litauer dagegen ungerecht verfahren, um den schon lange bestehenden polnisch-litauischen Konflikt noch zu verschärfen. Die Deutschen — schreibt Prof. Pogodin — werden alles tun, um einen noch tieferen Haß zwischen den Polen und Litauern zu entfachen. Sie beabsichtigen eine dauernde Vereinigung Litauens mit Polen durchzuführen und machen daher die Polen jetzt schon zu Herren über die Stadt Wilna. Die Bestätigung dieser Behauptungen sieht der Verfasser darin, daß erstens der für die Litauer verletzende Aufruf des Grafen Pfeil durch das Bürgerkomitee Wilnas inspiriert sein sollte, und zweitens, daß in Wilna polnische Schulen gegründet wurden! Prof. Pogodin schließt ungefähr mit folgenden Worten: „Die deutsche Politik, die es nicht verstanden hatte, angeblich um die polnische öffentliche Meinung nicht zu verletzen, die nationalen Verhältnisse in dem okkupierten Lande zu ordnen — zeitigt schon heute ihre Früchte. Mit Ungeduld erwartet Litauen die Befreiung von dem deutschen Joch; — auch die Polen werden es nicht vermissen. Ihre nationalen Rechte werden selbstverständlich von Rußland geschont werden, das aber auch die Rechte der Litauer in ihrem eigenen Lande zu befriedigen wissen wird.“

Hierzu bemerkt die „Gazeta Polska“ in einer recht ironischen Form, Rußland hätte sich bis jetzt in Litauen nie als eine so polenfreundliche und versöhnliche Regierung gezeigt — sie gewährte vielmehr den Litauern einige, allerdings nur kleine Zugeständnisse, gerade als Lohn für ihren Polenhaß.

Aus Nr. 72 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 28. März 1916.

#### Auf dem Rande. Gegen das Hände reichen.

In einem der Lemberger Blätter erschien eine bedeutungsvolle Enquete in Sachen — des Sich-nicht-die-Händereichens. —

Es nahmen in ihr das Wort hervorragende Ärzte, Universitätsprofessoren, Spezialisten für Haut- und venerische Krankheiten, ein Bakteriolog, der städtische Phhyikus, ein Tierarzt, eine Ärztin für Frauenkrankheiten, ein Spezialist für epidemische Krankheiten usw., und alle waren sich darin einig, daß man sich in den gegenwärtigen Zeiten, in denen Epidemien aller Art herrschen, nicht die Hände geben dürfe, da sich dadurch Krankheiten wie: Typhus, Krätze, Hauttuberkulose usw. übertragen. Man hat nämlich festgestellt, daß



in Zeiten von Epidemien die Hand der Verbreiter der gefährlichsten Infektionskrankheiten ist.

Der Brauch, sich die Hände zu reichen, hat bei uns unglückseligerweise Eingang gefunden. Es gibt doch so viele Begrüßungsformen: Man kann militärisch salutieren, römisch, indem man die rechte Hand in die Höhe streckt, mexikanisch, indem man den Revolverhahn aufzieht, nach Art von Töchtererschülerinnen durch einen anmutigen Knix, nach Eskimo-Art, indem man den Rücken wendet, nach — usw. usw. —. Die Europäer haben sich jedoch darauf veressen, sich die Hand zu reichen, indem sie das gedankenlos und nicht immer zur rechten Zeit machen.

Die Hände reichten sich der Gläubiger und sein notorischer Schuldner, indem sie sich gegenseitig im Innern einen plötzlichen und unerwarteten Tod wünschten, zwei im Prozeß vor Wut schäumende Rechtsanwälte drückten sich nach den Verhandlungen die Hände, als wäre niemals etwas vorgefallen; politische Gegner reichten sich die Hände wie zwei Krieger, sogar die Ringer im Zirkus brachten vor dem Kampfe einander die Finger zum Knacken, als Beweis . . . freundschaftlicher Absichten.

Jetzt wird es leichter sein, diesen im übrigen unflugen Brauch zu vermeiden. Die Losung: „Reicht Euch nicht die Hand!“ wird diese unhygienische Begrüßungsform ausrotten. Wenn das nur Eingang fände!

Es wird noch ein Firnis der Heuchelei von vor dem Kriege her in Fortfall kommen. Es wird das goldene Jahrhundert der physischen und moralischen Hygiene eintreten. Streckt dir jemand auf der Straße die Hand entgegen, von dem du weißt, daß er noch gerade mit genauer Not zu deinen Freunden zählt, dann steckst du deine Hände in den Mantel und sagst süß: „Ich gebe nicht die Hand, denn es herrscht die Cholera! . . .“

Entschieden reinigt uns der Krieg glänzend die Atmosphäre. —

Aus Nr. 444 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)  
vom 16. März 1916.

### Die polnische Frage in Frankreich.

(Originalbericht des Wiener Kurjer Polski.)

Haag, im März 1916.

Paris, der frühere und alte Sitz der polnischen Emigration, die westliche Hauptstadt unserer größten Geister, hat seit den Zeiten des Bestehens der Pariser Polonia zum ersten Mal einen anderen Standpunkt gegenüber Polen eingenommen.

So oft die Bedrückung in Rußland die Flamme der Erbitterung Revolutionen, Aufstände schürte, so oft mußten polnische Politiker, von der Regierung des Zartums verfolgt, das Vaterland verlassen, so oft öffnete das revolutionäre und freiheitliche Paris seine mehr oder weniger gastfreundlichen Pforten und gestattete der Emigration, sich mehr oder weniger frei zu entwickeln.

In Paris blühten die buntesten Träume über Polen. Dort gestattete auch die große Freiheit des Gedankens, Schatten und Schattierungen, die subtilsten politischen Anschauungen zu bilden, dort entstand der Towianismus und der Messianismus, dort entstand die Sehnsucht nach dem fernen Heimatlande, dort entstanden die heldenhaften Träume, und dort verwelkten sie auch oft. Mit Paris verbindet die Polen eine besonders interessante und lange Geschichte. Paris war bisher stets eine Zufluchtsstätte vor Rußland.

Der Krieg, dieser revolutionäre Riese, veränderte mit einem Schlage alles. Das revolutionäre und freiheitliche Paris geht mit Rußland Hand in Hand. Der blutrünstige, verhaßte Zar ist der „petit bon

père“ geworden. Das barbarische, despotische Rußland ist das „Land der Zukunft“ geworden. Paris hat sich dem ungeheuren Bösen in die Arme geworfen und, eine schöne Pose behaltend, beschlossen — Polen zu befreien, indem es sich mit dem Manifest des Großfürsten solidarisch erklärte, Polen mit der „Autonomie“ zu beglücken.

Alles hat sich verändert. Nur die polnische Emigration blieb unverändert. Weiter leben noch die treuen alten Veteranen, und wie früher lebt das junge Geschlecht. Wie früher leben die Komitees, Subkomitees, die Vorsitzenden und Schriftführer, wie früher die Diskussionen und Worte.

Beim Ausbruch des Krieges befanden sich die Polen in einer schwierigen Lage. Sollten sie sich auf die Seite Rußlands oder Deutschlands stellen? Und noch öfter tauchte die Frage auf: Wer wird Polen retten? — Frankreich oder Österreich? Es gab wenige solche, welche fragten, ob Polen selbst zur Tat übergehen werde. Nicht nur die vollständige innere Desorientation, nicht nur die fortwährenden Diskussionen, sondern auch die Ereignisse von außen waren die Ursache vieler Schwierigkeiten. Vor allem handelte es sich darum, ob die Polen als Nationalität anerkannt werden würden, ob Frankreich die russischen oder vielmehr polnischen Überläufer aus dem Königreich Polen ausliefern werde, ob es die Polen aus den Posenen und aus Galizien gefangen nehmen werde. Die fortwährenden und verschiedenen Nachrichten demoralisierten und desorientierten die Emigranten in dem Maße, daß eine allgemeine Verwirrung herrschte. Die einen verließen schleunigst Frankreich, andere, durch das Manifest des Großfürsten desorientiert, begannen in Frankreich eine polnische Legion zu bilden, andere endlich traten als Freiwillige in das französische Heer ein. Das Los aller ehrenhaften und desorientierten Menschen war jämmerlich. — Alle Polen, die ins Heer eintraten, wurden nach einer längeren Zeit von Kämpfen der fremden Legion zugeteilt, sie wurden als Spione behandelt und verhaftet, mit einem Wort, es zeigte sich, daß diese tapferen, betörten Jungen der allgemeinen Desorientation zum Opfer fielen. Man kann nicht zweifeln, daß diese Leute im besten Geiste als Freiwillige in die Reihen des freien und revolutionären Frankreichs eintraten, und desto trauriger erscheint uns ihr Los.

Die übrig gebliebenen lebten (und leben heute noch) unter schwierigen Verhältnissen. Es wurde ein polnisches Komitee gegründet, welches den Polen Ausweise ausstellt. Sie dürfen sich also auf freiem Fuße bewegen. Der Druck der Allgemeinheit jedoch macht sich im täglichen Leben oft fühlbar. Jede Mutter, Schwester oder Ehefrau, welche ihren Ehemann im Kriege verloren hat, hat einen Blick voll Vorwurf. Dann kommt es zu sehr unangenehmen Reibungen.

Desto mehr im politischen Leben. Viele Polen, die seit Jahren in Paris wohnen, stellten sich durch die Macht der Dinge auf die Seite Frankreichs. Das Manifest des Nikolaus Nikolajewitsch ist für sie noch fortwährend, wenn nicht eine gewisse Garantie, so doch jedenfalls ein sehr günstiges Symptom, besonders im Zusammenhang mit den Reden Goremykins und mit einer Reihe von Lügen, welche die französische Presse verbreitet. Die übrigen Polen, welche sich auf die Seite der Unabhängigkeitsbewegung stellten, müssen sich verstecken und können nur unter schwierigen Verhältnissen wirken. Diese Leute verbreiten im allgemeinen die Idee eines freien und unabhängigen Polens, jedoch ist diese Frage in politischer Beziehung in Frankreich eine Frage ziemlich heikler Natur. Schon allein die Frage des Königreichs Polen drängt Schwierigkeiten auf, und trotz der Sympathien (die allerdings tatenlos auf dem Papier stehen) wird Frankreich zur Verteidigung Polens gegen seine Bundesgenossen



Rußland nicht auftreten können. Noch mehr. Nach der Meinung eines hervorragenden polnischen Politikers, der bei Kriegsausbruch in Paris weilte, kann die Unabhängigkeit Polens in Frankreich so lange keinen Beifall finden, als eine Reibung zwischen Frankreich und Deutschland bestehen wird. In dem Augenblick des Entstehens eines polnischen Staats in irgendeiner Form wird nämlich die Reibung zwischen Rußland und Deutschland aufhören oder wenigstens sich bedeutend verringern. Diese Reibung zwischen Rußland und Deutschland andererseits ist jedoch eines der festesten Ritte zwischen Frankreich und Rußland. Solange also Frankreich die Hilfe Rußlands nötig haben wird, so lange muß Frankreich gegen die Bildung eines freien Polens sein.

Daher spricht man auch in Frankreich von einer „Befreiung“ Belgiens und Serbiens und schweigt überwiegend von Polen. Nur von Zeit zu Zeit erhebt sich hier und da die Stimme G. Bienaimés, Hervés oder anderer. Man schreibt schließlich auch von Polen, aber weniger. Sowohl quantitativ als auch qualitativ. Am liebsten schreibt man vom Elend. Das „Petit Journal“ bringt häufig Artikel über das furchtbare Elend in Polen. In den Monatschriften schreibt man auch dann und wann unter diesem oder jenem Vorwand über Polen. Soweit man kann, macht man gegen das russische Regime auch Anspielungen, häufig sogar scharfe. In den Artikeln über Polen ist immer ein sympathischer Ton. „La Libération de la Pologne“ ist eine gern angewandte Redensart. Wie aber diese Befreiung aussehen soll, darüber schreibt man nichts. Daher sind auch die Bücher, welche über Polen erscheinen, stets in einem für die Polen sympathischen Tone geschrieben, insbesondere das Buch Edmonds Privat „La Pologne sous la rafale“ (Payot & Co., Paris). Dies ist die Beschreibung einer Reise in Polen während des Krieges. Es waren dies Korrespondenzen an den „Temps“, welche der Verfasser später sammelte und als besonderes Buch herausgab. In der Vorrede betont der Verfasser, daß Polen die Unabhängigkeit und Freiheit gebühre. Voll Begeisterung erzählt er von dem unerschütterlichen Glauben der Polen an die Zukunft, vom „polnischen Organisations-Genius, welcher trotz der Bedrückung der russischen Bürokratie — (die russische Bürokratie ist gegenwärtig das Steckenpferd der Journalistik; wenn man etwas Böses von Rußland spricht, dann schreibt man von der „Bürokratie“) — Schulen, Fabriken usw. zu gründen imstande war. Das Schicksal Polens ist kein innerlich russisches

Problem, noch ein deutsch-österreichisches Problem, sondern eine Frage von europäischer Bedeutung“.

Diese und ähnliche Stimmen tauchen zwar auf, sogar nicht sehr selten, aber sie haben eine eher theoretische Bedeutung. Die Franzosen sympathisieren mit Polen, aber während des gegenwärtigen Krieges haben solche Sympathien in Anbetracht der Wirklichkeit sehr geringe Bedeutung.

Etwas konkretere Formen hat die Rettungsaktion. In Frankreich wird von Zeit zu Zeit für die „hungrigen“ Polen gesammelt, auch am 21. November wurde in den Kirchen gesammelt, und im allgemeinen steht der Klerus Polen sehr wohlwollend gegenüber. Polnische Vereine veranstalten Unterhaltungsabende, auf denen ebenfalls etwas gesammelt wird. Bisweilen taucht sogar in der Presse dieser oder jener Protest auf, daß in die von den „Feinden“ besetzten Gebieten kein Geld gesandt werden sollte.

Die französische Polonia ist auch um Vorträge über Polen bemüht. In der „Ecole des Hautes-Etudes Sociales“ hatte George Bienaimé, ein fortschrittlicher Freund der Polen, eine Reihe von Vorträgen (im November) unter dem Titel „Dörfer in Polen und in Rußland“, „Die Rivalität Österreichs und Rußlands“, „Der Balkan und Polen“, „Das russische Armenien“, „Die russische Offensive“ und „Der Rückzug Rußlands“ gehalten. Ferner findet unter dem Protektorat Alfred Croise, Ernst Lavisse und Wladislaus Mickiewicz eine Reihe anderer Vorträge in französischer Sprache statt: „Polen — das Kampffeld der Völker“ (Dr. George Bienaimé), „Die Lebenskräfte der zeitgenössischen Literatur: Zeromski und Reymont“ (Siegesmund Zalewski), „Die Sprache“ (P. Boyer, Direktor der Schule für orientalische Sprachen), „Polen und die germanischen Orden“ (Grappé, Professor im Prytaneum de la Flèche), „Die sozialen Kräfte: Land und Stadt“ (Posener, Rechtsanwalt aus Warschau), „Das Theater Wyspianski's“ (Zalewski), „Die ethnographischen Grenzen“ (René Henry, Professor der Ecole des Sciences politiques), „Der polnische Messianismus vom Gesichtspunkt der Franzosen“ (Fortunat Strowski, Professor der Faculté des Lettres de Paris).

Die Vorträge finden seit November v. Js. statt. Der letzte fand am 22. Februar d. Js. statt.

Wie aus all dem hervorgeht, bestehen trotz des Krieges französisch-polnische Beziehungen. Im gegenwärtigen Augenblick kann man von Frankreich nicht viel erwarten, daher haben diese Beziehungen auch keine große Bedeutung. Wie sich jedoch die Dinge nach der Friedenskonferenz gestalten werden, das weiß niemand. Vielleicht wird sich dann auch Frankreich ändern, und die polnisch-französischen Beziehungen werden einen bestimmten wirklichen Wert besitzen. Heute jedoch haben sie ihn noch nicht.